

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

34 (10.2.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugheft monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 80 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Postanweisung Nr. 128. In der 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Postanweisung Nr. 128. In der 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Postanweisung Nr. 128.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Dreiklassenrecht und Justizmord.

Der Sturm, der am Samstag das preussische Dreiklassenhaus bewegte, legt neues Zeugnis ab für die Zustände dieses merkwürdigen Parlaments, das seinesgleichen in der Welt nicht hat. Auch in anderen Parlamenten kann es passieren, daß die politischen Leidenschaften hart aneinander geraten, und niemand, der den Fortschritt will, wird solche Kampfszenen an sich bedauern, denn wo kein Kampf ist, ist auch keine Kraft. Im preussischen Dreiklassenhaus war es aber keine politische Frage, die am Samstag die Gemüter bewegte, sondern eine Angelegenheit von ganz unpolitischer rein menschlicher Natur, und wenn auch die Erörterung solcher Dinge unter parteipolitischen Gesichtspunkt zu leiden hat, dann ist das ein Anzeichen einer schweren Vergiftung, dann muß der ganze Körper krank sein.

Am Samstag hat Genosse Liebknecht im preussischen Abgeordnetenhaus einen stundenlangen erbitterten Kampf führen müssen, um den Fall der unschuldig wegen Gattenmordes verurteilten Witwe Hamm überhaupt zur Sprache bringen zu dürfen. Zum erstenmal gerieten dabei die Sozialdemokraten in einen ersten Konflikt mit dem sonst verständigen und gerechten Vizepräsidenten Krause, der auf einmal bei der Spezialdebatte über den Justizetat die Erörterung eines Sonderfalles von allgemeiner Bedeutung verhindern wollte, obwohl die jahrzehntelange Uebung des Hauses gegen diese Anordnung sprach. Das Verhalten des Vorsitzenden mag ohne böse Absicht gewesen sein, wahrlich nicht war er selbst das Opfer von bestimmten Leuten, denen es unangenehm ist, wenn ein Sozialdemokrat die Sache der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu vertreten wagt. Der Präsident war, wie ihm auch der Fortschrittler Cassel bestätigte, im Irrtum, aber außerhalb der Linien des Hauses fühlte kein Mensch das Bedürfnis, ihn über diesen Irrtum aufzuklären. Die ungeborene Mehrheit des Hauses steht eben auf dem Standpunkt, daß alles gut und richtig ist, wenn es gegen den Sozialdemokraten geht. Und mag dieser Sozialdemokrat auch — wie er selbst sagt — gar nicht als Sozialdemokrat auf der Tribüne stehen, sondern als Anwalt eines unschuldig zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilten Weibes — gleichviel, herunter mit ihm! Um die Freude einer kleinen Schicht gegen einen Sozialdemokraten genießen zu können, schreckt man auch nicht vor Brutalität einer unschuldig leidenden Frau gegenüber zurück.

Was es geholfen? Ach, es ging natürlich wie immer und in ähnlichen Fällen. Schließlich sagte Liebknecht doch, was er wollte, er sagte es nur bei einem andern Kapitel, statt bei den Land- und Amtsgerichten beim Kapitel „Staatsanwälte“. Daran war er durch seine Macht der Geschäftsordnung zu hindern, wenn er nur zu diesem Kapitel einen entsprechenden Antrag stellte. Eine Stunde, nachdem man Liebknecht verhindert hatte, beim Kapitel Land- und Amtsgerichte den Fall Hamm zu erörtern und dadurch ein unbeschreibliches Durcheinander entfesselt hatte, begründete Liebknecht seinen eiligt zum Kapitel Staatsanwälte eingebrachten Antrag, „den Justizminister zu ersuchen, er möge die Staatsanwaltschaft Ebersfeld beauftragen, die Witwe Hamm aus der Haft zu entlassen.“

Handelte es sich nicht um eine so furchtbare ernste Sache, man wäre versucht zu lachen. Mit einem geschickten Schachzug ist die großmächtige Mehrheit mattgesetzt. In ohnmächtigem Wuterg muß sie die Rede, die sie zu unterbreiten versuchte, nun über sich ergehen lassen. Aber bedenkt man, welcher geschäftsmäßiger Umwege es bedarf, um in diesem Hause der Dreiklassengerechtigkeit den Fall einer unschuldig Verurteilten zur Sprache bringen zu dürfen, dann siegt doch wieder Empörung über das Bewußtsein.

Die Rede Liebknechts enthält keinerlei politische Anspielung. Sie ist weiter nichts als die erschütternde Darstellung eines grauenhaften Justizirrtums. Auf Grund eines äußerst lüdenhaften Indizienbeweises ist die Witwe des ermordeten Hamm wegen Tötung ihres Mannes verurteilt worden. Inzwischen ist fast bis zur vollkommenen Bewußtheit der Beweis erbracht worden, daß das Verbrechen nicht von der Frau, sondern von flüchtenden Einbrechern verübt worden ist. Polizeibeamte, Geschworene und die Einwohnerlichkeit von Flaundersbach, wo die Tat verübt wurde, vereinigen sich nun in der Ueberzeugung, daß die Frau unschuldig verurteilt worden sei. Aber selbst ein Versuch von sieben an dem damaligen Fehlspruch beteiligten Geschworenen, eine Wiederaufnahme des Verfahrens herbeizuführen, scheitert an dem Widerstand des Staatsanwalts.

Wenn in solchem Fall das Parlament nicht das Recht und die Pflicht haben soll, seine Stimme zu erheben, mag man zweifeln, ob es überhaupt ein Recht habe zu existieren. Schließlich kann selbst ein Dreiklassenhaus nicht nur dazu da sein, Anträge wegen Verleumdung zu stellen und die Polizei zu schärferem Vorgehen gegen die Arbeiter zu

beheben. Aber der Herr Justizminister ist anderer Meinung. Schroff, schneidend, ablehnend klingt seine Antwort. Man hört die Worte „Einspruch“ und „abgetan“. Mit einem Sozialdemokraten, der Gerechtigkeit verlangt, macht man hier keine langen Flausen: je kürzer, je schneidiger die selbstverständliche Ablehnung ist, desto größer ist der Weisheit.

Merkwürdig nur, merkwürdig und erfreulich, daß der Justizminister auf die „abgetane“ Sache noch einmal zurückkam und daß seine zweite Rede doch ganz anders klang als die erste. Man hatte mittlerweile begriffen, daß es politisch doch nicht ganz klug ist, die Sozialdemokratie in glänzender Isolierung für eine Sache kämpfen zu lassen, in der sie die Sympathien aller anständigen Menschen auf ihrer Seite haben muß. Zum Schluß kann Liebknecht, obgleich er die Ablehnung seines Antrages voraussetzt, mit Befriedigung feststellen, daß die Reden der bürgerlichen Abgeordneten den Wunsch nach einer Wiederaufnahme des Verfahrens durchdringen ließen, und daß selbst die letzten Ausführungen des Herrn Justizministers in einem etwas freundlicheren Sinne gehalten waren.

So endet die aufgeregte Sitzung mit einem starken moralischen und, wie man hoffen darf, auch sachlichen Erfolg des sozialdemokratischen Redners. Das öffentliche Gewissen ist wachgerüttelt und ihm wird es hoffentlich auch gelingen, eine unschuldig im Zuchthaus schmachtende Frau der Freiheit wiederzugeben. Es ist ein Erfolg. Aber die Begleiterscheinungen, unter denen er errungen wurde, weisen über den Einzelfall hinaus auf die Krankhaftigkeit unserer ganzen öffentlichen Zustände. Es hat sich gezeigt, wie schwer es ist, den Justizmord in einem Hause zu bekämpfen, das selbst durch seine bloße Existenz ein blutiges Unrecht ist!

furchtbare Anklagen

werden in einem Iobsen von der katholischen Halbmonatschrift „Ständeordnung“ (Koblenz) herausgegebenen Flugblatt gegen die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung erhoben. Wir geben daraus die folgenden Stellen wieder:

„Nach der Statistik des kgl. Preussischen Statistischen Landesamtes“ beträgt das Einkommen der Hälfte aller selbständigen Einzelpersonen einschließlich Familienväter in Preußen nur circa 1000 Mark pro Jahr und bei vielen noch weniger. Hier fünfzig bleiben unter dem unpfändbaren Existenzminimum von 1500 Mk. und nur 4 von 100 Steuerzahlern kommen auf 3000 Mk. Drei Viertel aller Familienväter (Angestellte und Arbeiter) sind auf 8. oder 14tägige (viele Arbeiter ohne Kündigung, D. Red. d. „Volkshfr.“) höchstens sechsmonatliche Kündigung angesetzt und können jede Woche (jeden Tag, D. Red.) oder jeden Monat für sich und ihre ganzen Familien existenzlos werden. Die Hälfte des Volksvermögens befindet sich in Händen von 20 Prozent der Bevölkerung. 20 Prozent der Bevölkerung besitzen fast das ganze Volksvermögen, während 80 Prozent vermögenslos sind. Ein Drittel der Bürger hat Schulden, die nie bezahlt werden. ... Ein Drittel der Bürger ist zu arm Steuern zu zahlen, und selbst von den veranlagten Steuern kann ein Viertel nicht eingetrieben werden. Nach dem Bericht des Reichsanzeigers“ vom 22. April 1913 rühmen die Sparkasseneinlagen der Hauptsumme nach von den paar Prozent Reichen her, von denen oft ein und derselbe 10—20 Sparkassenbücher hat.

Ein Drittel der Bevölkerung der Großstädte wohnt in Wohnräumen von 1 oder 2 Zimmern. Fast ein Viertel der Bevölkerung stirbt an Schwindsucht, und nach den Berichten der Schulärzte leiden drei Viertel der Volksschulkinder an Unterernährung, Skrophulose und Verachlässigung. In vielen Städten kommt ein Drittel der Volksschulkinder nächsten zur Schule und erhält mittags kein warmes Essen. ... Obdachlosenhäuser, Gefängnisse, Armenhäuser sind stets überfüllt. 60 000 Menschen sitzen stets in den Gefängnissen. 12 000 Personen nehmen sich jährlich in Deutschland das Leben, und ebenso viele Selbstmorde figurieren in der Rubrik „Unglücksfälle“ oder „Verstümmelungen“ ... Ungefähr 50 000 Paragraphen, eine stets steigende Zahl von Polizeibeamten und 1 000 000 Soldaten suchen die verwiderte und verarmte Menschheit in Kasern zu halten, damit sie sich nicht gegenständig bestehen und todschlagen. Gegen 1200 Marde werden in Deutschland jährlich ermittelt. Vor Verzeihung stürzt sich das Volk in Vergnügungen und Trunksucht, aber dennoch gibt es Sozialpolitik, welche sagen: „Wir fangen an ein reiches Volk zu werden!“; jedes Jahr fordern sie neue Steuern und neue Soldaten mit der Begründung, der Volkswohlstand gestalte solche Kasern leicht zu tragen.“

Nach dem Wunsche des Verfassers dieses außerordentlich eigenartigen Flugblattes soll der Leser aus diesen aufpeitschenden Angaben und Zahlen die Konsequenz ziehen, daß der jetzigen „menschlichen Geseken“ ein „göttliches und natürliches Recht“ vorangehen müsse: das Programm der „Stände-Ordnung“, das eine ständige Verfassung mit Unterdrückung der kapitalistischen Entwicklung will. In der Kritik treffen die Männer der „Stände-Ordnung“, die politisch der Richtung Noeren nahestehen, zumeist ins Schwarze; bei ihren Besserungsvorschlägen aber begehen sie den grundlegenden Fehler, daß sie die Entwicklung nach

dem Mittelalter hin zurückschrauben wollen; ein unmögliches, unhistorisches Verlangen! Wer nicht wie die guten Leute der „Stände-Ordnung“ in solchen supernativen Gedankengängen befangen ist, den werden die wuchtigen Anklagen des Flugblattes mit zwingender Logik auf den Sozialismus hinweisen, der allein imstande ist, die Greuel der kapitalistischen „Ordnung“ mit ihren Ursachen aus der Welt zu schaffen.

Deutsche Politik.

Die Zollpolitik der Liberalen.

Herr Bassermann stürzt sich in höchst überflüssige Unkosten, indem er im „Deutschen Kurier“ noch einmal auseinanderlegt, daß die Nationalliberalen treue Anhänger der „bemährten“ Wirtschaftspolitik seien und daß demzufolge die Sorgen der Agrarier, der gemäßigten Liberalismus könne nach links abzuweichen, jeder Begründung entbehren. Das ist längst allgemein bekannt und bedurfte wahrhaftig keiner neuen Bekräftigung. Interessant sind an dem Bassermannschen Artikel nur die Betrachtungen, die er über die Freisinnigen anstellt. Er rechnet sie zwar noch zu den Gegnern des gegenwärtigen Zolltarifs, aber er glaubt doch feststellen zu können, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich in einem Umbildungsprozeß befinde und daß sie schon heute eine Anzahl von überzeugten Schutzöllnern in ihren Reihen habe. Mit liebevoller Sorgfalt trägt er Beweismaterial für diese Behauptung zusammen und da einiges davon in weiteren Kreisen noch nicht bekannt geworden ist, sei es hier wiedergegeben:

„Der vor wenigen Wochen in Gerabronn gewählte Landtagsabgeordnete Herrmann hat sich in seinem Wahlprogramm als Anhänger der bestehenden landwirtschaftlichen Schutzölle bekannt und verbannt diesem Umstande auch seine glänzende Wahl. Der frühere Land- und Reichstagsabgeordnete Storz, der Herrmann im Wahlkampfe unterstützt hatte, ging in seinen Forderungen sogar noch weiter und meinte, daß die Frage ernstlich zu erwägen sei, ob nicht bei manchen Positionen an eine Erhöhung der bestehenden Zölle gedacht werden müsse. Einer der Parteisekretäre der Fortschrittlichen Volkspartei in Württemberg, Landtagsabgeordneter Fischer-Heilbronn, hat eine durchaus zollfreundliche Haltung eingenommen. Fischer sprach in einer öffentlichen Versammlung zu Wüdingen über das Kartell der schaffenden Arbeit. Nach dem Bericht des dort erscheinenden „Altböten“ führte er aus, daß die Volkspartei überwiegend auf dem Standpunkt stehe, daß an den landwirtschaftlichen Zöllen zurzeit nichts geändert werden dürfe. Es könne sich höchstens um eine Beseitigung der Futtermittelzölle handeln. Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Günther. In stark besuchten Versammlungen, die unlängst in Göttingen und in Schorndorf stattfanden, vertrat er unter dem lebhaften Beifall seiner Zuhörer die Ansicht, daß eine Beseitigung der bestehenden Schutzölle für unsere deutsche Landwirtschaft eine Katastrophe bedeuten würde. Dazu kommen die Ausführungen des besagten Fortschrittlichen Mannes Koppel, der ein tüchtiger Schutzöllner ist, und anderer.“

Vielleicht wird die Fortschrittliche Volkspartei nun erklären, daß alle die Genannten Außenstehende seien, vielleicht wird sie der Sicherheit halber auch den Mund halten. Die Agrarier andererseits werden alle diese Mitteilungen zwar gern zur Kenntnis nehmen, aber der Bericht der Fortschrittler auf freihändlerische Politik interessiert sie im gegenwärtigen Moment weniger als die Pläne der Nationalliberalen für den Fall, daß es infolge der Haltung Rußlands und Oesterreich-Ungarns wirklich hart auf hart kommt. Das allgemeine Befehntnis zur Wilowischen Schutzpolitik genügt ihnen ja noch keineswegs; sie wollen Gewißheit haben, daß die Freunde des Herrn Bassermann auch bereit sind, es lieber auf einen Zollkrieg ankommen zu lassen, ehe sie auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Zölle Zugeständnisse machen. In dieser Beziehung werden sie in der nächsten Zeit wohl an den Führer der nationalliberalen Partei noch allerlei unbequeme Fragen stellen.

Die schädliche Wehrvorlage und die unnationale Schule.

Die alten Generale halten es nicht mehr aus, weil wir schon seit acht Monaten keine neue Wehrvorlage gehabt haben. In Reden und Zeitungsartikeln setzen sie auseinander, daß mit der letzten Heeresverfärfung gar nichts erreicht sei, weil ja die anderen Staaten gleichfalls aufgerüstet haben. So hielt der Wehrvereinsgeneral Keim dieser Tage in Erfurt eine Rede, in der er nach dem Bericht der „Post“ die folgenden hübschen Sätze prägte:

„Die militärische Lage Deutschlands ist trotz der Heeresvermehrung heute ungünstiger als vor Jahresfrist. Wenn die Diplomatie immer vom Weltfrieden spricht, so ist das sozusagen ein Geschäftstreff.“

Logik ist keine Sache für einen General a. D. Und so fällt Herrn Keim gar nicht ein zu fragen, was der Wehrverein, die Regierung und die Reichstagsmehrheit eigentlich dafür verdienen, daß sie das deutsche Reich durch die neue Militärvorlage und deren selbstverständliche Folgen in eine ungenügende militärische Lage gebracht haben als vor der Annahme dieser Vorlage.

Mit einem anmutigen Gedankenjüngel setzt vielmehr der General über den Graben logischer Bedenken hinweg um eine friische Kattade — gegen die Schule zu reiten:

Allerdings entscheidet im Krieg nicht allein die Zahl, sondern auch der Geist. Wenn aber der Volksgott nicht auf der Höhe ist, dann steht es auch mit dem Geist der Armee nicht viel anders. . . .

Als Drillingen hurratriotischer Gesinnung leisten die Schulen also noch immer nicht genug. Es werden noch immer nicht genug Jahresszahlen von Schlachten gelehrt.

Strafe muß sein!

Die „Straßburger Post“ meldet aus Zabern: Am 1. Oktober 1914 sollte die Zaberner Garnison bekanntlich eine Verstärkung durch eine Abteilung Artillerie erhalten.

Rückblicke in der Krankenversicherung.

Einer Meldung des „Berl. Tageblatts“ zufolge werden gegenwärtig in maßgebenden Kreisen Vorbesprechungen darüber abgehalten, um neben den Ortskrankenkassen auch Landkrankenstellen zu errichten.

Mit Recht höhnt die „Deutsche Tageszeitung“, die allerdings mit der Errichtung von Landkrankenstellen sehr einverstanden ist: „Das schreibt das „Berl. Tageblatt“, das vorher der von ihm verhängelten Sozialdemokratie zu Liebe dringend vor den — agrarischen — Klassen gewarnt und die Wilmsdorfer und die Friedenauer wegen ihrer Landkrankenstellen als reaktionäre Lölchel verhöhnt hatte.

Badischer Landtag.

Eingangs der gestrigen Sitzung wurde ein Teil des Voranschlags der Verkehrsanstalten bewilligt, damit die Postarbeiten sofort in Angriff genommen werden können. Alsdann wurde in die Wahlprüfungen eingetreten.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Schokke. Tantchen.

Eine gute halbe Stunde vom Städtchen Wablingen hatte die verwitwete Frau Obersteuerrätin Rosmarin das Gut Nieder-Fahren an sich gekauft, vermutlich ihrem Bruder zu Gefallen, der im Dorfe Ober-Fahren als Pfarrer lebte.

Er nannte sie aber so aus lieber Gewohnheit, weil er sich viel mit Erziehung einer kleinen Nichte abgab, die bei der Frau Obersteuerrätin lebte, Suschen hieß, und einmal Erbin aller Rosmarinischen Vermögens werden sollte.

In der Tat verdiente sie diesen Namen, denn sie war mütterliche Freundin, Ratgeberin und Hilfe aller, die in ihren Wirkungsbereich kamen; war die beste, wohlthätigste Frau; hatte Rücksicht mit jedermanns Schwächen, wenn man nur auch ihre Schwächen ehrte.

in der Zerstreung beging; hatte nichts gegen den Auf-

Die Zentrumsredner Kopf und Wittenmann finden an dem beanstandeten Jollerräum nichts Bedenkliches. Zutreffend wies demgegenüber Genosse Kolb darauf hin, daß gerade das Zentrum im Reichstag solche strenge Anforderungen an die Jollerräume stellte und hierauf gestützt, die Wahl des Abg. Kölsch für ungültig erklärt wurde.

26. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 9. Februar. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman, Minister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.

Eingegangen sind Petitionen: der Vereinigung badischer Weinhandlender, des Vereins Mannheimer Wein- und Spirituosenhändler sowie der Handelskammer Freiburg und Karlsruhe in betreff der Aufhebung der Weinsteuer; einer großen Anzahl von Einwohnern der Gemeinde Dieboldsheim um Anschließung an das Wasserwerk; des Landesverbandes badischer Bau- und Maurermeister um Abänderung des § 29 der Landesbauordnung; der Betriebsassistenten (früheren Bureauassistenten) aus der Reihe der Expeditionsgelübten um Verbesserung ihrer Beförderungsverhältnisse; der israelitischen Unterlehrer um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der israelitischen Unterlehrer; der verheirateten etatmäßigen Beamten in Galsach i. A. um Einreihung der Stadt Galsach in eine höhere Wohnungsklasse; von Staatsbeamten in Säckingen um Einreihung der Stadt Säckingen in die 2. Klasse des Wohnungsgeldtarifs; der Gemeinde Stettfeld um Errichtung einer Haltestelle an der Staatsbahn bei Wartstation 98; Eingabe des Bürgermeistersamt Ditzingen mit einer Resolution wegen Herstellung einer Automobilverbindung Ditzingen-Langenbrücken. Eingegangen ist weiter eine Einladung der Gesellschaft „Strebelwerk“ in Mannheim, Spezialfabrik für Zentralheizungsanlagen, zur Befestigung ihrer Werke durch die Mitglieder der Kammer.

Zur Tagesordnung steht Titel 6 des Voranschlags der Verkehrsanstalten, und zwar Unterhaltung und Ergänzung usw. baulicher Anlagen. Abg. Gummel (F. Vp.) erläßt den Kommissionsbericht. Der Titel wird vorweg behandelt, um die Postarbeiten sofort in Angriff zu nehmen.

Die Postarbeiten werden verschoben, damit die Postarbeiten nicht verzögert werden. Die Mittel, die für die Postarbeiten beantragt werden, betragen 10 000 000 M. Die Kommission beantragt Bewilligung.

Die Postarbeiten werden verschoben. Es folgen die mündlichen Berichte der Wahlprüfungskommissionen.

Abg. Benedek (F. Vp.): die Sache mit dem Freibier ist nicht als erheblich belastend zu bezeichnen. Was die Jollerräume betrifft, so entsprechen verschiedene nicht den gesetzlichen Vorschriften. Es ist festgestellt worden, daß es möglich war, die Personen im Jollerraum zu beobachten. Die Kommission war daher in der Mehrheit der Ansicht, daß die in diesen Jollerräumen abgegebenen Stimmen als ungültig zu erklären seien und die hierbei entfallenden Stimmen der drei Kandidaten vom Gesamtergebnis abzuziehen seien.

Abg. Kölsch (F. Vp.): Die Vernehmung der verschiedenen Zeugen, die an der im Protokoll genannten Versammlung teilnahmen, ergab, daß von einer Wahlbeeinflussung des hiesigen fürstlichen Kammerpräsidenten Kölsch keine Rede sein kann. Nur Oberbauminister Graf machte einige Bemerkungen über beeinflussende Redewendungen in der Ansprache des Kammerpräsidenten; es sei dies jedoch nur seine persönliche Empfindung. Die Kommission erklärte daher die Handlung für unethisch. Die Rede des Oberfürstlichen Reichs, die verlesen wird.

wand von Klugheit des Herrn Verwalters Säblein, der, um ein Sandkörnchen aus dem Weg zu räumen, immer Hebel und Binden anwenden wollte; nichts gegen Suschens Raibetät, die oft in bitterliche Verlegenheiten setzte; wenn man nur die beliebte Staats-, Wirtschafts-, Rang- und Hausordnung in allen Teilen beobachtete.

Denn auf die Ordnung hielt Tantchen. Alles hatte seine Zeit, seinen Ort, seinen Rang, seinen gebührenden Namen. In den Zimmern, auf den Möbeln durfte kein Staubchen liegen; in der Küche mußte alles die Pierlichkeit eines Boudiers haben; Stubenfliegen wurden mit unerbittlicher Hauspolizei, wie Gauer, auf Leben und Tod verfolgt; totiges Bettler galt als allgemeine Landplage; Morgens, Mittags- und Abendgrüße waren im Ritual nach jedermanns Stand vorgeschrieben; ebenso die Art der Knize und Verbeugungen, die gelegentlich zu machen waren. Tantchen ordnete im Haus- und Landwirtschaftsleben alles selbst. Sie war die Königin von Nieder-Fahren. Sie hörte jedermanns Rat, nachher tat jeder mit ehrerbietigem Gehorsam, was sie zu beschließen für gut fand. Sie hatte keinen erklärten Günstling, ausgenommen Suschen. Aber Suschen war auch Günstling von Ober- und Nieder-Fahren, und würde es für alle Welt geworden sein, wenn alle Welt in Ober- und Nieder-Fahren beisammen gelebt hätte. Denn Suschen war ein liebes Kind, und zwar ein Kind von siebzehn bis achtzehn Jahren, schön gebaut, schwarzen Haars, blauen Auges — kurz, wozu bedarf es hier eines Signalements? — ungefähr so, wie hübsche Mädchen im Alter von achtzehn Jahren zu sein pflegen.

Tantchen hätte nun allerdings wohl vermuten dürfen, daß mit einem solchen Kinde im Hause die eifrigste Hausordnung früher oder später gebrochen werden dürfte; daß im Hause kein gefährlicher Gast wohnen könnte, als ein Mädchen, welches mit unschuldigen jeden zu fragen schien, ob es nicht, außer alltäglichen Hausangelegenheiten, noch irgend andere Angelegenheiten gebe? — Allein Tantchen, im blinden Vertrauen auf eigene Weisheit, dachte daran nicht, und hätte eher an Umdäluma des ganzen

gab der Wahlkommission Anlaß, den Wahlvorgang an dem bezir. Platz zu fassieren, da hierdurch eine Beeinflussung hätte stattfinden können. Die Wahl in Auldingen wurde als gültig erklärt. Der Wahlakt in Bela wurde für ungültig erklärt, weil die Wahlkommission nicht immer anwesend war. Einige handschriftliche Stimmzettel in Emingen wurden mit 6 gegen 5 Stimmen für gültig erklärt. Berücksichtigt man die als ungültig erklärten Stimmen, so gehen von den Stimmen von Dr. Wagner, sowie von dem Gegenkandidaten eine größere Anzahl Stimmen ab. Die Mehrheit von Dr. Wagner bleibt jedoch dann immer noch bestehen. Selbst wenn noch verschiedene weitere Stimmen abgezogen würden, die die Mehrheit der Kommission als ungültig erklärt wissen wollte, so verbliebe dem Abg. Dr. Wagner immer noch die Mehrheit. Die Kommission beantragt daher mit Stimmenmehrheit Gültigkeit der Wahl.

Abg. Köpf (Zentr.) weist auf die Beamtenversammlung hin. Die Rede des Oberfürstlichen Reichs ist als eine Wahlbeeinflussung zu bezeichnen. Der Oberfürstler sprach von „Zubassen“. Ich habe noch nie eine solche Wahlbeeinflussung kennen gelernt wie diese. Wegen der Wahlbeeinflussung in Auldingen hätte eine Mißbilligung ausgesprochen werden sollen. Ein Zettel, auf dem ein Gedicht steht, sollte ungültig erklärt werden. Wenn bei den Reichstagswahlen eine andere Praxis herrscht, so bewaure ich das. Es sind verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die nicht mehr vorkommen sollten. Nachdem die Schlußrechnung jedoch trotzdem einen Uebererschuß an Stimmen für Dr. Wagner ergibt, so werde ich für Gültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Wittenmann (Zentr.) bemerkt, daß er sich der Wahl enthalten werde. Zur Begründung seiner Haltung führt er verschiedene juristische Material an und weist noch darauf hin, daß die von ihm seinerzeit gewünschten Erhebungen nicht gemacht wurden.

Abg. Kolb (Soz.): Ich möchte darauf hinweisen, daß die Versammlung der Kammerpräsidenten kürzlich einberufen wurde, nachdem er sich mit einem Herrn vom Zentrum verständigt hatte. Da kann doch keine Wahlbeeinflussung stattfinden. Anders liegt es bei der einen Rede des Herrn Reichs. In diesem Falle haben wir daher für Ungültigkeit dieser Stimmen gestimmt. Nachdem der Reichstag beschlossene Stimmzettel als gültig erklärt, so können wir uns dieser Auffassung anschließen. Es besteht kein Anhaltspunkt, daß mit den beschriebenen Stimmzetteln Wahlbeeinflussung betrieben werden sollte. Nicht man jedoch diese verschiedenen Stimmen sogar ab, so bleibt immer noch eine für Dr. Wagner ergibt, so werde ich für Gültigkeit der Wahl erklären.

Abg. Dietrich (natl.): Das Zentrum stimmte in der Kommission selbst dafür, verschiedene Dinge als nicht bedeutend zu erklären. Jetzt möchte es eine andere Stellung einnehmen, weil es ihm besser paßt. Es ist nicht konsequent vom Zentrum Dinge zu reden, die es nicht beweisen kann.

Abg. Wittenmann (Zentr.): Mit der Ansprache des Kammerpräsidenten kürzlich verhält es sich anders. Der Wahlprozeß hatte einen gewissen Rückschlag.

Abg. Köpf (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Dietrich. Es lag kein Anlaß vor, sich zu enthalten. Wir wissen nicht, ob eine ganze Masse Arbeiter aus den Neben nicht den Eindruck gewonnen haben, jetzt wirds bedenklich. Ich habe das Recht mir ein Urteil zu bilden und es auszusprechen.

Abg. Benedek (Fortchr.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß es sich herausstellte, daß von einer Beeinflussung des Kammerpräsidenten kürzlich keine Rede sein kann. Die Sache ist jetzt voll aufgeklärt. Kein einziger Zeuge könnte völlig klare Auskunft geben, wie es sich mit der Vernehmung, die Wahl Wagners sei eine Ehre der Fürstl. Fürstl. Beamten, verhalte. Bei der Wahl in Ebingen haben wir wegen der Rede Reichs alle Stimmen in Abzug gebracht. Es ist dies lokal gehandelt und mehr konnte man doch nicht tun. Wir werden für Gültigkeit der Wahl stimmen.

Berichterstatter Kölsch (Soz.): Die Sache mit dem Freibier an dem einen Platz war nicht völlig substantiell. Die Wahl des Abg. Dr. Wagner wird mit großer Mehrheit für gültig erklärt. (Die gesamte Versammlung stimmt für die Gültigkeit der Wahl.) Ueber die Wahl des Abg. Hausser (Zentr.) im 20. Wahlkreis Offenburg-Stadt

berichtet

Abg. Dr. Koch (natl.): Im Wahllokal 4 waren die Jollerräume sehr mangelhaft. Die Wähler konnten deutlich beobachtet werden. Einmal waren auch zwei Wähler gleichzeitig im Jollerraum. Die Fenster des Jollerraums waren nicht verhängt, man konnte daher die Vorgänge deutlich beobachten. Die Kommission war daher in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß der Jollerraum 4 den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprach und die Stimmen zu fassieren seien. Der Jollerraum 5 wurde nicht beanstandet, da die Mängel nicht zur Veranstandung ge-

Weltalls, als an Störung ihrer Lebens- und Gewohnheitsordnungen geklärt. Aber am Ende mußte sie doch daran glauben, wie aus folgender Erzählung der außerordentlichsten Begebenheiten erhellt, die sich niemals zugetragen haben mögen, und daher für Welt und Nachwelt aufbewahrt zu werden verdienen.

Der Brief.

Es war ein warmer Mittag, als der Herr Pfarrer ins Zimmer trat, mit seinem bräunlichen Gruß: „Guten Tag, Tantchen, guten Tag, Suschen!“

Die Tante nicht freundlich; Suschen, das neben ihr auf dem Sofa saß und einen weißen Strumpf strickte, stand auf, machte einen kurzen vertraulichen Kniz, und sagte: „votre servante, Onkelchen.“

„Aber, lieber Himmel, in welchem Aufzug erscheinst du einmal wieder, Herr Pfarrer?“ sagte Tantchen Rosmarin.

„Wieso?“ fragte der Herr Pfarrer, der in allen Taschen nach dem Schnupftuch suchte, um sich den Schweiß abzutrocknen.

„Vermutlich hast du,“ sagte die Tante, „die Perücke in der Tasche, weil du das Schnupftuch über dem Kopf hält.“

„Ueber dem Kopf?“ rief der Pfarrer verwundert und griff dahin, und fand es. „Nun, Tantchen du magst wohl recht haben; denn es ist ein heißer, heißer Tag; meine Arel brannte, die Sonne brannte; ich kam aus der Stadt, da legte ich, mein Haupt zu kühlen, die Perücke ab, das Tuch über, und mich hinter ein Kornfeld.“

Er fing von neuem an zu suchen, während Suschen ihm einen Platz auf dem Sofa einräumte, und hinaus ging dem Onkel einen Kühltrank von Wasser und Himbeerzucker zu holen.

„Was suchst du denn, Herr Pfarrer?“ fragte die Tante. „Wenn mir recht ist, habe ich für dich einen Brief aus der Stadt mitgebracht; aber wo er hingekommen, weiß ich nicht. Ich glaube, er ist vom Herrn Bürgermeister. Sucht, so werdet ihr finden.“

niemals mission gefunden nicht a brauch fache, l von de gatten s Stimm fobler der A Abg. Köpf (Zentr.) weist auf die Beamtenversammlung hin. Die Rede des Oberfürstlichen Reichs ist als eine Wahlbeeinflussung zu bezeichnen. Der Oberfürstler sprach von „Zubassen“. Ich habe noch nie eine solche Wahlbeeinflussung kennen gelernt wie diese. Wegen der Wahlbeeinflussung in Auldingen hätte eine Mißbilligung ausgesprochen werden sollen. Ein Zettel, auf dem ein Gedicht steht, sollte ungültig erklärt werden. Wenn bei den Reichstagswahlen eine andere Praxis herrscht, so bewaure ich das. Es sind verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die nicht mehr vorkommen sollten. Nachdem die Schlußrechnung jedoch trotzdem einen Uebererschuß an Stimmen für Dr. Wagner ergibt, so werde ich für Gültigkeit der Wahl stimmen.

... dem betr. hätte statt s gültig erklärt, weil einige hand en 5 Stim ungültig er. Wagner, 1 Stimmen ann immer e Stimmen on als un- Dr. Wagner rägt daher

... rammlung Wahlbecei „Jubelen“ en gelernt. enen bürn Jettel, au en. Wenn ch, so beiten vorge- dem die Stimmen der Wahl

... Wahl ent- ht er be- darauf hin, n nicht ge-

... umlung des dem er sich Da kann liegt es bei haben wir

... Nachdem erklärt, so besteht kein teiln Wahl- jedoch diese noch eine der Wahl

... e in der icht bedent- ellung ein- eint vom n. Kammer- Wahlprotell

... etrich. Et ch, ob eine hindrud ge- ch mit ein- über Aus- lussung des Die Sache bllig flare Wahl Weg- verhalte- de Reichs- l gehandelt ür Gültig- dem Frei- ert.

... r Mehrheit großer Teil

... Wahlkreis

... die Jolier- h beobachtet ig im Jot- t verhängt. Die Kom- daß der hfrach und n 5 wurde andung ge- wohnheits-

... n, wie auß Begebenhei- ögen, und erden ver-

... wägen. Eine notwendige kurze Abwesenheit eines Wahlkommissionsmitgliedes wurde nicht als genügend zur Veranstandung gefunden. Die stattgefundene Eisenbahnerversammlung kann nicht als geheim bezeichnet werden; auch wurde darin kein Mißbrauch getrieben. Dieser Punkt ist daher unerheblich. Die Tatsache, daß 31 Personen unberechtigt in der Wählerliste standen, von denen 5 wählten, trotzdem sie ihre Steuern nicht gezahlt hatten und daher nicht wahlberechtigt waren, veranlaßt diese 5 Stimmen abzuziehen. Weiter muß die Stimme eines Nichtwählers abgezogen werden. Nach Abzug der ungültigen Stimmen bleiben für Hauje (Zentr.) 954 Stimmen, für Müller (Fortf.) 606 und für Monich (Soz.) 354. Dem Abg. Hauje fehlen daher noch 8 Stimmen an der Mehrheit. Die Mehrheit der Kommission beantragt daher Ungültigkeit der Wahl.

Abg. Wittmann (Zentr.): Wenn man die Stimmen im Bezirk 4 laßt, dann muß man auch die im 5. laßieren. Der Protest war so wenig begründet, daß zwei Nachträge folgen mußten. Die Rüge bei den Vorhängen ist nicht bedeutend. Die Wähler waren bei der Verhütung des Vorhangs nicht vorsichtig, indem sie den Vorhang offen ließen. Dies ist deshalb kein Grund der Veranstandung. Der einzelne Wähler hat es in seinem Belieben, wie weit er das Wahlgeheimnis bewahren will. Er muß nur in den Jollierraum hineingehen. Herr Hauje sitzt deshalb zu Recht in diesem hohen Hause.

Abg. Benedy (F. Vp.): Es besteht kein Zweifel, daß der Jollierraum im Wahlbezirk 4 den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Der Abg. Wittmann meinte dann wieder, man solle auch die Wahl im Wahlbezirk 5 laßieren; dann hat Abg. Hauje wieder eine Mehrheit. Diese Ansicht kann ich nicht teilen. Ich halte den Abzug der Stimmen, wie sie jetzt im Anschluß an die Reichstagspraxis üblich wird, überhaupt für sehr gefährlich. Man sollte in solchen Fällen die Wahl einfach als ungültig erklären. Was den Wunsch des Abg. Wittmann betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß die Kommission mit 10 gegen 1 Stimme die Wahl im Bezirk 5 für gültig erklärte. Das Zentrum war daher, mit Ausnahme des Herrn Wittmann, in dieser Hinsicht gleicher Anschauung wie wir. Wir werden für Ungültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Koll (Soz.): Wir werden für Ungültigkeit der Wahl stimmen. Die Verhältnisse im Wahllokal 4 lagen ganz anders als bei 5. Beim Wahllokal 4 konnte man ständig durch einen Spalt hineinschauen und viele Leute befragten die Möglichkeit der Beobachtung. Dazu kommt noch die Sache mit dem Vorhang. Beim Wahllokal 5 lagen die Dinge anders, dieser Wahllokal konnte daher für gültig erklärt werden. Im übrigen wären wir ja nicht dazu gekommen, solche Wahllokale zu beanstanden, wenn nicht vom Zentrum gerade auf Grund solcher Jollierräume im Reichstag die Wahl des Herrn Köhler ungültig erklärt worden wäre. Was die Sache mit den Steuern betrifft, so konnte man im voraus nicht wissen, daß es sich nur um 5 Stimmen handelt, nachdem im Protest 100 Leute angegeben wurden. Selbst wenn wir einem Antrag des Abg. Wittmann zustimmen würden, daß die Stimmen von Wahllokal 5 ungültig zu erklären sind, so könnte damit doch noch nicht die Wahl in Offenburg gültig erklärt werden. Denn es verbleibt doch den Sinn des ganzen Wahlauftrages, wenn schließlich in Offenburg 500 Stimmen wegen Ungültigkeit in Abzug gebracht werden, daß schließlich nur ein paar Stimmen übrig bleiben, mit denen dann der Abgeordnete als gewählt betrachtet wird. Dies ist unter keinen Umständen anständig.

Präsident Nothhelfer teilt mit, daß zwei Anträge Wittmann eingingen; einer, in dem die Wahl in Offenburg als gültig zu betrachten sei und ein weiterer Eventualantrag, den Wahllokal im Wahllokal 5 als ungültig zu erklären, wenn der im Wahllokal 4 ungültig erklärt wird.

Abg. Vansbach (Konf.) erinnert daran, daß die Jollierräume schon früher zu beanstanden gewesen wären. Die Wahlprüfungen sollten an ein Gericht übergeben werden, damit keine Gewalt vor Recht geht.

Präsident Nothhelfer: Sie dürfen dies nicht sagen.

Abg. Dietrich (Nat.): Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Dinge im Wahllokal 4 und 5 verschiedenen liegen, was auch die Mehrheit der Kommission befestigt. Die verschiedenen Zeugen mußten zugeben, daß eine Beobachtung in 4 möglich war. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, auf dem in der Kommission die Mehrheit des Zentrums stand. Wir stehen auf dem gleichen Standpunkt, auf dem das Zentrum im Reichstag stand. Es geht daher bei Ihnen (nach Rechts) nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nach der Abhängigkeit.

Präsident Nothhelfer: Diesen Vorwurf dürfen Sie nicht erheben.

Abg. Kopp (Zentr.): Man konnte nicht sehen, was im Wahllokal passierte. Die Verhältnisse im Wahllokal 4 und 5 waren gleich. Wir stellen den Antrag nur, um festzustellen, ob ein Unterschied zwischen 4 und 5 gemacht wird. Wenn wir für Gültigkeit der Wahl im Bezirk 5 stimmten, so fanden wir auf dem Standpunkt der Konsequenz gegenüber 4. Nun haben wir auch die Sache überlegt und kamen zu der Ansicht, daß wir Loren wären, wenn wir diese Konsequenz weiter beibehielten.

Abg. Wittmann (Zentr.) wendet sich gegen den Abg. Benedy, indem er es für richtig hält, daß die laßierten Stimmen je-

... weils abgezogen werden und die sich nun ergebende Mehrheit für die Gültigkeit der Wahl entscheidet. Der Jollierraum in Offenburg ist nicht zu beanstanden.

Abg. Köhler (Zentr.): Wenn sich die Linke auf dem Boden einer Ungültigkeitserklärung der Wahl im Wahllokal 4 stellt, so stellen wir uns auf den Standpunkt, die Wahl im Wahllokal 5 zu laßieren. Die Wahl wird umgestoßen, weil Sie (die Linke) die Mehrheit haben.

Gerichtsrat Dr. Koch (nat.) weist nochmals darauf hin, daß die Wähler im Jollierraum vom Wahllokal 4 beobachtet werden konnten.

Abg. Benedy (Fortf.) stellt in einer persönlichen Vernehmung eine Verurteilung des Abg. Wittmann richtig.

Der Antrag der Kommission, die Wahl im Bezirk 4 für ungültig zu erklären, wird mit 85 gegen 31 Stimmen angenommen.

Der Eventualantrag des Abg. Wittmann (Zentr.) und Genossen, die Wahl im Bezirk 5 ungültig zu erklären, wird mit 30 gegen 35 Stimmen bei Stimmenthaltung des Abg. Fischer (Konf.) abgelehnt.

Der weitere Antrag der Abg. Wittmann (Zentr.) und Genossen, die Wahl in Offenburg-Stadt gültig zu erklären, wird in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Der Kommissionsantrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Hauje in Offenburg-Stadt wird mit 35 gegen 31 Stimmen angenommen.

Abg. Süßkind (Soz.) bittet nunmehr abzubrechen, da bei der nächsten Wahlprüfung, Durach-Erlingen, nochmals größere Debatten zu erwarten sind.

Abg. Kopp (Zentr.) bemerkt, daß größere Debatten wahrscheinlich nicht kommen werden.

Abg. Süßkind (Soz.): Ich habe vor, eine längere Rede zu halten und das Zentrum etwas unter die Lupe zu nehmen.

Das Haus stimmt mit 34 gegen 31 Stimmen für Ver- tagung.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfung und Spezialberatung über das Ministerium des Innern.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Februar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Zunächst wird die Genehmigung zur Durchführung eines Privatlagerversfahrens gegen den Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) verlag. Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Die Abstimmung über die Resolution betreffend den Abzug von Kalisalzen wird auf morgen vertagt. — Die heutige Debatte beginnt bei dem Titel Statistisches Amt.

Abg. Einowitsch (F. Vp.): Die statistischen Erhebungen hinsichtlich des Volksschulwesens sind erwerbslosweise auch auf die Mittel- und höheren Schulen ausgedehnt worden. Die professionellen Verhältnisse werden viel zu gründlich erörtert. Dabei werden die wichtigsten Aufgaben übersehen. Vor allem sind die Schulmänner zu den Erhebungen heranzuziehen. Eine eigenliche pädagogische Statistik fehlt vollständig. Auch auf die Fortbildungsschulen muß die Statistik ausgedehnt werden.

Abg. Nöhle (Soz.): Die Erhebungen über den Umfang der Arbeit und die Entlohnung der Kinderarbeit, namentlich in der Landwirtschaft, sind noch immer nicht veröffentlicht worden. Das läßt vermuten, daß man die Kinder sich weiter plagen lassen will, wenn nur die Agrarier ihren Vorteil davon haben. Die Dauer der Arbeitszeit ist vielfach unumänglich lang. Nicht einmal am Sonntag haben die Kinder Ruhe. Diese Ausbeutung, die gewissermaßen unter den Augen der Regierung vor sich geht, ist eine Gewissenlosigkeit. (Präsident Dr. Köpff: Sie dürfen der Regierung, wenn auch nur indirekt, nicht Gewissenlosigkeit vorwerfen.) Der Schulunterricht auf dem Lande ist häufig nur dem Namen nach Unterrichts. Die Kinderflawerei muß beseitigt werden. (Der Präsident bittet den Redner, sich zu mäßen.) Das war nur der Vorbehalt, wenn der Präsident einen Augenblick gewartet... (Präsident Dr. Köpff: Ich verbitte mir jede Kritik und bitte Sie, sich meinen Anordnungen zu fügen. Wrauo bei der Mehrheit.) Redner schließend: Wir fordern die grundsätzliche Veränderung dieser Verhältnisse.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Vorredner hat schwerwiegende Angriffe gegen die Regierung erhoben. Daß derartige Erhebungen notwendig seien, haben die verschiedenen Regierungen anerkannt und angeordnet. Im Jahre 1913 ist dem Reichstag mitgeteilt worden, daß das Material noch nicht von allen Bundesstaaten eingegangen sei. Jetzt fehlen nur noch zwei Bundesstaaten. Wir haben die Erhebungen nach anderen Gesichtspunkten gemacht und hoffen alsbald, dem Reichstage das gesamte Material mitteilen zu können. Daran haben wir ein

... teiten Tochter des Herrn Bürgermeisters beizuwohnen. Die Hochzeit sollte in sechs Wochen gefeiert und die Einladung durch das Brautpaar mündlich erneuert werden.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Zauberflöte.“

In der Sonntag-Aufführung von Mozarts „Zauberflöte“ spielte Grete Finger vom Aufführer Stadttheater als „Pamina“ ihre Gastspiel auf Engagement fort. Trotz der hohen Preise war das Theater glänzend besetzt und wenn man den herkömmlichen Beifall des Publikums als eine kritische Beurteilung der Deffentlichkeit ansehen will, so dürfte der Gast während seines zweimaligen Auftretens schon in bedeutendem Maße die Gunst der hiesigen Theaterbesucher errungen haben. Für uns bleibt das Urteil, das wir über die Dame als „Margarete“ fällten, auch für die „Pamina“ bestehen. Die guten Eigenschaften, besonders auf der darstellerischen Linie, kamen auch am Sonntag angenehm zur Geltung, nur, daß sich neben der schon erwähnten Klänge auch an diesem Abend noch eine den reinen Genuß trübende Indisposition bemerkbar zu machen schien. Allerdings: wer leidet in dieser Jahreszeit nicht an Indispositionen? Nur peinlich ist es, wenn dies gerade mit einem Engagementsgastspiel zusammenfällt. Wenn auch die beiden Gastspiele Grete Fingers im allgemeinen einen günstigen Eindruck hinterlassen konnten, so sollte das aber in keiner Weise unsere Theaterleitung „fallen“, sich auch noch andere Bewerberinnen für dieses Fach anzusehen. Umsonst, da dieses Fach bis jetzt in immer nur guten Händen lag. Für unjeren leider erkrankten, trefflichen Max Wittner (ang Franz Rosa (das überall verwendbare „Mädchen für alles“) die Partie des „Sprechers“. Außer Alice Gerstorfer, die sich als „I. Dame“ anerkannter Wert in der Dreigesang einfügte, ist die Besetzung hinsichtlich bekannt und bewegte sich auf gewohnter zufriedenstellender Höhe.

W. Sch.

... um so lebhafteres Interesse, als wir damit den ungeheuren Uebertreibungen entgegenzutreten können, die wir regelmäßig zu hören bekommen. Was an mir liegt, wird geschehen. (Beifall bei der Mehrheit, Zurufe bei den Sozialdemokraten: Also nach zehn Jahren.)

Abg. Dr. Pieper (Zentr.): Wir wünschen, daß auch Handel, Industrie und Gewerbe in die Statistik einbezogen werden. Ferner muß die Arbeiterstatistik weiter ausgebaut werden. Weiter wünschen wir eine Denkschrift über die Produktions- erhebungen und wollen, daß diese Erhebungen auch in Zukunft weiter geführt werden. Zu bedauern ist, daß von den bayerischen Gewerkevereinen, die sich zum Statistischen Amt gemeldet haben, kein einziger angenommen worden ist.

Präsident Köpff ruft den Abg. Rühle (Soz.) nachträglich zur Ordnung, weil er der Regierung direkt Gewissenlosigkeit vorgeworfen hat. (Lebhaftes Bravo bei der Mehrheit.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wenn bei der Vermehrung des Personals im vorigen Jahre die bayerischen Bewerber nicht berücksichtigt worden sind, so liegt dies daran, daß im Statistischen Amt die Geschäfte Wagners zurückgestellt worden sind. In diesem Jahre wird eine Anzahl bayerischer Bewerber übernommen werden.

Abg. Thiele (Soz.): In die Produktionsstatistik muß auch die Handelsstatistik einbezogen werden, um das Verhältnis von Warenwert und Warenpreis erkennen zu können.

Abg. Reagen (Soz.): Die Aenderung der Streik- und Aussperrungsstatistik befindet sich immer noch im Stadium der Vorbereitung. Die bisherigen Formulare sind nur geeignet, als Material für Ausnahmefälle zu dienen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In der bisherigen Form genügt die Streikstatistik. Es handelt sich bei der Messung dieser Statistik aber nicht allein um die Aenderung der Formulare, sondern auch um eine andere Grundlage.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Normal-Eichungskommission erklärt auf Anregung des Abg. Krinas (Zentr.) Direktor v. Jonquieres: Nach der Maß- und Gewichtsordnung ist die Eichung nur für Maßwerkzeuge in fabrikmäßigen Betrieben zulässig. In solchen Steinbrüchen, die einen fabrikmäßigen Betrieb darstellen, werden auch die Förderwagen fünfzig geacht.

Beim Kapitel Gesundheitsamt liegen fünf Resolutionen vor.

Abg. Antrid (Soz.): Unsere vorjährige Resolution zum Schutz des Krankenpflegepersonals haben wir gemildert. Wir verlangen klare gesetzliche Bestimmungen. Das Personal muß obligatorisch ausgebildet und geprüft werden. Es ist ferner der Reichsgewerbeordnung zu unterstellen. Die Krankenpflege ist nicht mehr Sache der freiwilligen Bohlthätigkeit. Die Dienstzeit soll täglich nicht zehn Stunden überschreiten. Kost und Logis in den Anstalten müssen möglichst beseitigt werden. Seit zwölf Jahren hat die Regierung gegenüber diesen himmelschreienden Zuständen in der Krankenpflege nichts weiter als Erwägungen.

Abg. Dr. Gerlach (Zentr.): Im Interesse unserer gesundenheitlichen Verhältnisse und der Ärzte selbst ist ein tüchtiges Krankenpflegepersonal notwendig. Die seit zehn Jahren hier vorgebrachten Wünsche sind leider nicht erfüllt worden. Die gleichmäßige Behandlung des gesamten Pflegepersonals, so wie es der Vorredner gewünscht hat, ist nicht durchführbar. Die obligatorische Einführung des regelmäßigen Erholungsurlaubs ist nicht möglich. Die seit Jahren verlangte Abänderung der Arzneitaxe muß endlich vorgenommen werden, da sich die wirtschaftliche Lage der Apotheker verdrückt.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auf die Ausführungen des Abg. Antrid kann ich im einzelnen nicht eingehen. Derartige Beschwerden entstehen vielfach durch Uebertreibungen und Verallgemeinerungen. Die wirklich bestehenden Uebelstände müssen wir nach Möglichkeit abzuschwächen suchen. Durch ein Reichsgesetz ist dies aber nicht angängig. Der Gewerbeordnung kann das Pflegepersonal nicht unterstellt werden, weil weder die Krankenpfleger in ihrer Mehrzahl gewerbliche Arbeiter, noch die Arbeitgeber Gewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung sind. Ebenso läßt sich eine gesetzliche Regelung bezüglich der Ausbildung wegen der Verschiedenartigkeit der Anstalten nicht durchführen. Ueber bestimmte allgemeine Grundsätze haben sich die verbündeten Regierungen bereits geeinigt und man muß abwarten, wie sie sich bemühen. Die Resolution von Calter, die die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Arbeits- und Rechtsverhältnisse fordert, ist unbedenklich, da dieser Weg bereits von uns beschritten worden ist.

Abg. Baron v. Arnigge (Konf.): Zur Verhinderung eines Umfingens des Geburtenrückgangs sollten populäre Schriften in Massen verbreitet werden. Daß in Bezug auf Dienzeit Mißstände in den Krankenhäusern bestehen, gebe ich zu. Doch dürfte es sich dabei nur um Ausnahmefälle handeln. Mit einem Federstrich können diese Verhältnisse nicht beseitigt werden.

Abg. Dr. Blund (F. Vp.): Herr v. Kardorff hat sich im Abgeordnetenhaus in sehr scharfen Worten heute gegen die Einmischung des Reichstags in preussische Angelegenheiten verhandelt. Was wird er dazu sagen, daß sich auch ein Konfessionar wie der Vorredner an dieser Einmischung beteiligt? (Sehr gut! links.) Nicht die Sozialdemokratie hat als erste die Verhältnisse in den Krankenhäusern besprochen, sondern ich! Die Sozialdemokraten (schwägen damals. Seit dem Vorjahr hält nun der Abg. Antrid auch über diese Frage seine bekannten Dauerreden. (Sehr gut!) Eine gesetzliche Dienstzeit kann nicht festgelegt werden, wohl aber eine obligatorische Ausbildung.

Nächste Sitzung morgen Dienstag 1 Uhr: Weiterberatung. — Schluß halb 7 Uhr.

Badische Politik.

Die „politische Quintessenz“ der Karlsruher Zeitung.

Die „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer an der Spitze ihres Blattes einen längeren offiziellen Artikel über die politische Auseinandersetzung in der Zweiten Kammer in der verfloßenen Woche. Als „politische Quintessenz“ der mehrfachen Reden des Ministers von Bodman wird bezeichnet, daß er in der Frage des Großblocks zu einer unumwundenen Beurteilung jenes parteipolitischen Wahlbündnisses gelangte, daß er aber auch auf der anderen Seite dem Zentrum bedeutete, daß ein Anwachsen ihrer Partei eine Gefahr für die weitere freiheitliche Entwicklung des Landes bedeuten könnte. Der Grund, warum der Minister den Großblock verurteilt liege in der politischen Haltung der sozialdemokratischen Partei. Was die Arbeiten des Großblocks im Landtag betreffe, so erkenne der Minister an, daß die Linke einschließlich der Sozialdemokratie nützliche Arbeit zum Wohle des Landes geleistet habe. Der Minister fürchte nicht, daß die Sozialdemokratie sich durchsetzen werde, sondern hoffe vielmehr, daß sie überwunden werde durch die Gerechtigkeit und den gesunden Sinn des Volkes, wenn sie aber die Bahnen des Gesetzes verlasse, durch die Nachmittage des Staates. Der Minister möchte das badische Volk wahr, frei und selbständig sehen und damit erscheine ihm nicht vereinbar, was in der Wahlbewegung und der politischen Retätiqua der katholischen Geistlichen vielfach herpor-

trete. Es sei deshalb die Mahnung nur zu berechtigt, daß auch die Geistlichen sich eine gewisse Zurückhaltung im politischen Kampf auferlegen möchten.

Der Artikel laut lediglich die Ausführungen des Herrn von Bodman wieder. Was dazu zu sagen ist, haben wir bereits gesagt. Nur das eine möchten wir der „Karlsruher Zeitung“ verraten, daß die Stellungnahme der Regierung gegen uns bis jetzt in unserem Wohlbefinden nichts geändert hat.

Aus dem 7. Reichstagswahlkreis.

Aus Offenburg schreibt man uns: Immer verzweifelter werden die Anstrengungen der Zentrumsagitatoren und ihrer Presse. Nun versucht man noch mit Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterstimmen das Mandat zu retten, was aber bei der bisherigen Tätigkeit des Zentrums nicht gelingen wird. Es ist zum Lachen das Liebeswerben des Zentrums anzuhören. Da heißt es: „Der Zentrumsprofessor steht näher als der Hanfabrikant und Großkapitalist Kölsch.“ Die Volkspartei hört ich wohl, aber mir fehlt der Glaube. Sehr viele Großkapitalisten sitzen nämlich auch in der Zentrumsparade und wenn Kölsch ihr angehört, wäre die Sache sicher ganz in Ordnung. (Man darf da nur an die Zentrumspropaganda für den Zigarrenfabrikanten und Millionär Neuhäus in 8. Wahlkreis denken, der vom Zentrum sogar als „Arbeiterkandidat“ gefeiert wurde. D. Red.) Dann wird viel von der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums geredet, doch der denkende Arbeiter weiß, daß alles eitel Dunst ist. Man will nur jene fördern, die nicht alle werden. Das selbe Zentrum hat bei der letzten Reichstagswahl dem Scharfmacher und Großkapitalisten Wittum in Pforzheim im ersten Wahlgang zum Siege verholfen, der sogar noch freimaurer (1) sein soll. Wo bleibt die Arbeiterfreundlichkeit und die vom Zentrum gepredigte „Wahrung der religiösen Güter“? Während das Zentrum bis jetzt alle Wahlversammlungen in der Union abhielt, macht es jetzt auch den Gegnern nach und steigt gnädig zum gewöhnlichen Volke herab. Wie schrieb doch einst die „Offenburger Zeitung“ bei der Reichstagswahl 1912: „Vor den Wahlen holdes Reigen und zum Volk heruntersteigen. Nach den Wahlen wir die Herren hier der Nob!“

Aus dem Neckgebirge wird uns geschrieben: In der „Offenburger Zeitung“ kann man gegenwärtig in jeder Nummer lesen, daß es erste Pflicht eines Katholiken sein müsse, nur einen Zentrumsstimmentel abzugeben. Dann wird an das Ehrgefühl der Katholiken appelliert usw. Schon bei der letzten Wahl 1912 hat die „Offenburger Zeitung“ zu schreiben gewagt: „Unser Herrgott wird dereinst den Wähler und Abgeordneten wegen seiner abgegebenen Stimme zur Rechenschaft ziehen!“ Kann man sich einen schamloseren Mißbrauch der Religion denken? Jetzt regt sich die „Offenburger Zeitung“ auf, daß es noch Katholiken geben könne, die den liberalen Kandidaten wählen könnten, nachdem gerade diese Partei das Menschenmögliche an Beleidigungen und Kränkungen der katholischen Kirche getan habe. Jeder Kunde von Ehrgefühl und Selbstachtung müßte bei ihnen erfordern sein. All diese Mandatler sind darauf angelegt, Wahlgeschäfte damit zu machen. Wenn es dem Zentrum wirklich so ernst wäre mit der „religiösen Freiheit“, warum ist es dann mit den katholischen Konserbativen verbündet? Das war keine Todssünde, als bei der letzten Landtagswahl das Zentrum für diese Religionsfeinde sowie auch für die drei Liberalen seine Wähler abkommandierte, und ihnen zum Siege verhalf. Desgleichen bei der letzten Reichstagswahl, wo das Zentrum in Karlsruhe einem Manne seine Stimme im ersten Wahlgang gab, in dem Programm dessen Partei steht: „Abwehr der reichsfeindlichen Bestrebungen des Ultramontanismus“, der also auch gegen die Abschaffung des Jesuitengesetzes ist und zu den jetzt verlästerten Religionsfeinden jüdischen Glaubensbekenntnisses gehört. In Pforzheim wählte das Zentrum gar den Freimaurer (1) Wittum.

Ist es nicht die Charakterlosigkeit in höchster Potenz, wenn man die Wähler in dieser Weise am Narrenfuß herumführt? Wie lange lassen sich die Wähler dies noch gefallen? Als Anhänger der Sozialdemokratie möchte ich an unsere Freunde im Neckgebirge appellieren: Gebt dem Zentrum am Wahltage die richtige Antwort auf sein unehrliches Gebahren! Stimmt Mann für Mann für den liberalen Kandidaten Kölsch, der auch diesmal die Jener Stichwahlbedingungen anerkennt und eure Interessen immerhin besser vertreten wird, wie ein Zentrumsprofessor. Das Zentrum hat durch seine bisherigen Taten bewiesen, daß es für den kleinen Mann, Arbeiter, Landwirt nichts übrig hat. Der Zentrums-Kandidat soll sogar in einer Wahlversammlung einen Bock auf die Einfuhr von Eier (1) verlanget haben. Hat hieron der kleine Bauer einen Nutzen? Nein; und dem Arbeiter wird ein wichtiges Lebensmittel mehr verteuert.

Bewerkschaftliches.

Von den zentralen Tarif-Verhandlungen im Schneider-Gewerbe.

Die in Nürnberg unter dem Vorsitz der Unparteiischen stattfindenden Verhandlungen für das Schneidergewerbe sind, nachdem die Fragen der Doppel- und Untertarife durch Schiedssprüche erledigt waren, nunmehr so weit vorgeschritten, daß an die Regelung der Lohnfrage herangetreten werden konnte. Am Freitagabend haben die Unparteiischen nach eingehenden Verhandlungen Schiedssprüche für eine Reihe von Städten gefällt. Die Unparteiischen haben hierbei lediglich eine Erhöhung der Grundlöhne ins Auge gefaßt; über die von Arbeiterseite gestellten Anträge bezüglich der Heimarbeiter, der Extraarbeiten und der Lieferung von Journalen haben sie keine besonderen Entscheidungen getroffen, da diese Fragen bereits durch die Erfurter Vereinbarungen vom Jahre 1912 grundsätzlich geregelt sind. Eine Reihe von Forderungen lokaler Natur sollen durch örtliche Vereinbarungen geregelt, andere Fragen, wie z. B. die der Gewährung von Ferien, sollen bei der Schaffung des Reichsttarifs im Jahre 1916 generell erledigt werden. Bei ihren Entscheidungen über die Höhe der Zulagen haben sich die Unparteiischen von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Sämtliche in Frage kommenden Tarife sind erst vor drei Jahren abgeschlossen worden, und zwar durchweg mit nicht unwesentlichen Lohnaufbesserungen. Dazu kommt, daß die neuen

Tarife abweichend von den Tarifen fast sämtlicher anderen Gewerbe Deutschlands nur auf zwei Jahre laufen sollen. Gerade dieser letztere Umstand müßte dahin führen, daß die Lohnzuschläge sich in mäßigen Grenzen bewegen. Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Lage anerkanntermaßen zurzeit eine äußerst gedrückte ist und daß auch keine sicheren Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß in absehbarer Zeit eine wesentliche Aufwärtsbewegung stattfindet. Für das Jahr 1914 läßt sich schon jetzt annehmen, daß eine möglicherweise erfolgende Umkehr von der niederziehenden Konjunktur geschäftlich noch nicht wahrnehmbar sein wird. Es liegt auch klar zutage, daß die wirtschaftliche Depression sich gerade in einem Gewerbe wie der Maßschneiderei in größerem Umfange äußern muß. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß die Lebenshaltung sich besonders in den letzten beiden Jahren wesentlich verteuert hat. Es gelte das nicht nur von den Lebensmitteln, sondern besonders in den Großstädten auch von den Wohnungsmieten. Das darniederliegende Baugewerbe habe sich naturgemäß in einer Abnahme der leerstehenden Wohnungen äußern und damit auch die Wohnungsnot verschärfen müssen. Die Unparteiischen haben versucht, aus diesen sich widersprechenden wirtschaftlichen treibenden Kräften einen Mittelweg zu finden, der einerseits den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeitgeber, andererseits der Lage der Arbeiter Rechnung tragen soll. Unter der Voraussetzung, daß die den Gehilfen bisher eingeräumten Vergünstigungen auch künftig aufrechterhalten werden, sind bisher Lohnzuschläge für die Maßschneiderei bewilligt: 5 Proz. für Leipzig, Königsberg, Kassel; 4 1/2 bis 5 Proz. für Nürnberg; 4 1/2 Proz. für Stuttgart, Stettin, Mannheim, Erfurt, Mainz, Darmstadt, Götting, Freiburg; 4 bis 7 Proz. für Münster; 4 bis 6 1/2 Proz. für Danzig; 4 bis 4 1/2 Proz. für Ludwigsfelde; 4 Proz. für Oberfeld-Barmen; 3 1/2 Proz. für Neudlinghausen.

Auf den Uniformtarif wurden an Zuschlägen im wesentlichen die gleichen Prozente bewilligt. Wegen einer weiteren Erhöhung der Sätze sprach nach Ansicht der Unparteiischen im besonderen der höhere Jahresverdienst der Uniformschneider. In der Begründung des Schiedsspruchs heißt es u. a., daß der Mehrbedarf, der durch die neue Militärvorlage unbestreitbar zu erwarten ist, sich derartig auf einzelne Städte, Geschäfte und Jahre verteilt, daß von einem merklichen dauernden Aufschwung der Uniformbranche ernstlich nicht die Rede sein könne. Außerdem sei allgemein bekannt, daß das Offizierskorps sich mehr und mehr aus den minderbemittelten Volksteilen ergäbe und daß diese Offiziere im allgemeinen nicht in der Lage seien, bei der Uniformbeschaffung einen über das notwendige Maß hinausgehenden Aufwand zu treiben.

Die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe gelangten am Sonnabend noch nicht zum Abschluß. Die Unparteiischen fällten zunächst eine Reihe von Schiedssprüchen für einzelne Städte, die im wesentlichen die gleichen Erhöhungen der Grundlöhne aussprechen, wie die bereits vorher ergangenen Schiedssprüche. Die Erhöhungen bewegen sich zwischen 3 und 7 Proz. Einzig und allein für Köln wurde eine Erhöhung abgelehnt und ausgesprochen, daß der Vertrag unverändert bis 1916 weiterläuft.

Am Anschlag daran begannen die Verhandlungen für die Damen-Schneider-Tarife, über die eine Entscheidung vor Sonntag mittag kaum gefällt werden dürfte.

Aus der Partei.

* Grünwettersbach, 9. Febr. Ueber das Thema: „Warum müssen wir die Jugend für die Sozialdemokratie gewinnen?“ sprach Samstagabend vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft Genosse Kühner aus Karlsruhe. Der Referent verstand es vortrefflich, uns das hohe Ziel, die Jugend für unsere Sache zu gewinnen, vor Augen zu führen. Man konnte es merkwürdig verspüren, wie ein jugendfrischer Zug durch die Herzen der Anwesenden ging und dieselben ohne Ausnahme mit Begeisterung für die große Sache erfüllte. Wägen die Worte des Vortragenden auf fruchtbaren Boden gefallen sein, auf daß die junge Saat bald aufstehe und gute Frucht bringe.

* Wegen angeblicher Beleidigung der bürgerlichen Stadtverordneten in Rathenow erhielt der Genosse Max Stroger-Neukölln vom Schöffengericht Rathenow eine Strafe von einem Monat Gefängnis. Die Beleidigung wird in einer Aeußerung gefunden, die Genosse Stroger in einer öffentlichen Versammlung in Rathenow am 21. November 1913 getan haben soll. Obgleich die drei von dem Beklagten geladenen Zeugen unter ihrem Eide befanden, daß die zur Anklage stehende Aeußerung weder der Form noch dem Inhalte nach gefallen sei, wurde auf das Zeugnis der überwachenden Beamten hin die Verurteilung ausgesprochen. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

* Tross Wahrheitsbeweises verurteilt. Das „Sächsische Volksblatt“ in Widau hatte im Juli vorigen Jahres in einem sachlichen Artikel aufgedeckt, daß die Reservisten und Landwehrlente auf dem Truppenübungsplatz in Zeithain, Lausubben, Kojungen, faule Kerle, Drücker von Offizieren beschimpft wurden und daß sie gezwungen waren, ihr Brot in enger Berührung mit Stiefelschmiere, schmutzigen Stimpfen und Reinigungsmaterial aufzuhaben. Ferner hatte es das Verhalten einiger Offiziere und des Regimentsarztes gegenüber den Mannschaften festgestellt und bemängelt, daß das Essen nicht gut war. Für einige dieser Tatsachen war der Regimentskommandeur verantwortlich gemacht worden und einem Hauptmann war nachgesagt worden, daß seine Behandlung die Leute in Erregung setze. Wegen der Angriffe auf diese beiden Offiziere stellte das Kriegsministerium Strafantrag. Die ganze übrige scharfe Bloßlegung der Mißstände wurde stillschweigend zugegeben. Das Landgericht Widau hat nun den Genossen Barth vom „Sächsischen Volksblatt“, der damals verantwortlich zeichnete, obwohl er alle behaupteten Tatsachen beweisen konnte, zu 500 M. Geldstrafe eventl. 50 Tage Gefängnis verurteilt.

Kommunalpolitik.

135 Bürgermeisterkandidaten! Um den zur Bewerbung ausgeschriebenen Posten des 1. Bürgermeisters in Heidelberg haben sich 135 Kandidaten gemeldet. Bewerber sind Juristen, Techniker und Nationalökonom. Die Bewerbungsschreiben sind jetzt der Kommission zur Prüfung übergeben worden.

* Frühfrüh und Mittag für hungernde Schulkinder. Die Stadt Frankfurt a. M. wandte in den letzten Jahren immer größere Summen, zuletzt 2000 M. auf, um Kindern bedürftiger Eltern warmes Frühfrüh in den Schulen zu geben. In der Stadtverordnetenversammlung kam kürzlich die Frage der Schulspeisung erneut zur Verhandlung. Genosse Heiden beantragte, bedürftigen Kindern nicht nur warmes Frühfrüh, sondern auch warmes Mittagessen zu geben, da die Schulspeisung eine notwendige Ergänzung des Kinderfußes sei. Der Schul-ausschuß schlägt nun vor, den Kinderorten die Gewährung von Mittagessen an bedürftige Kinder zu übertragen und die Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Plenum der Stadtverordnetenversammlung sich diesem Vorschlag anschließen wird.

* Beanstandete Stadtverordnetenwahlen für gültig erklärt. Wegen die Wahl der Stadtverordneten der dritten Klasse in Lage (Lippe) im Dezember 1913, bei der zwei unserer Genossen und ein Bürgerlicher gewählt wurden, war Protest erhoben worden, weil Personen, die wohl in der Wählerliste aufgeführt waren, aber keine Steuern zahlten, gewählt hatten. Das Ministerium hat die Wahlen für gültig erklärt. Auch wenn Personen materiell das Wahlrecht nicht zuteile, seien einmal in den Listen Eingetragene, wenn kein Einspruch dagegen erhoben ist, formell zur Wahl berechtigt.

Neues vom Tage.

Flugretard.

München, 8. Febr. Der Flieger Ingold, der gestern um 7,30 Uhr in Mühhausen i. G. im Wettbewerf für den Städtebau der Nationalflugbewegung gestartet war, ist gestern nacht 11,50 bei Fürstentried gelandet. Er hat während der ganzen Zwischenzeit auf seinem Motorfluggelände 16 Stunden 20 Minuten in der Luft verweilt. Bei der Landung war der Flieger in bester Verfassung. Er hat mit seinem Flug die jüngst von Bruca Lanier aufgestellte Leistung um 2 Stunden 20 Minuten geschlagen. Sein Flugzeug trug einen 100 Pferde-Karabidmotor und war mit 600 Liter Benzin und 60 Liter Öl beladelt. Die durchflogene Strecke dürfte etwa 1700 Kilometer lang sein. Der Flieger erklärte, daß er hauptsächlich des Wetts wegen niedergegangen sei. Sein Benzin- und Ölverbrauch hätte noch für zwei Stunden gereicht.

Unabgeschlossener Giftmorders Hofp.

Frankfurt a. M., 9. Febr. Der zum Tode verurteilte Giftmörder Hofp hat ein Unabgeschlossenes eingereicht, in welchem er in erster Linie um Wiederaufnahme des Verfahrens bittet. Hofp hat bekanntlich behauptet, daß er zur Zeit des Todes seiner ersten Frau noch keine Bazillen besessen habe.

Bestätigtes Todesurteil.

Leipzig, 8. Febr. Das Reichsgericht verwarf die Revision der Hausiererin Magdalena Wendel und des Tagelöhners Witik aus Hagenau, die vom Schwurgericht zu Strahburg am 5. Dezember 1913 wegen Vergiftung des Tischlers Wendel, des Ehegannes der Magdalena Wendel, zum Tode verurteilt worden waren.

Im religiösen Bausinn die Familie gemorbet.

Berlin, 7. Febr. Im Dorfe Staffelsee bei Kremmen im Ostpreußen hat (wie bereits kurz gemeldet) der Kaufmann Engel, der einer religiösen Sekte angehört, im religiösen Bausinn seiner Frau, die schlafend im Bett lag, mit einem Weilsch den Schädel gespalten. In seinem Bausinn suchte er noch mit dem Brotmesser auf die tote Frau ein und brachte ihr zahlreiche tiefe Stiche in die Brust bei. Unmittelbar darauf ging er in das Schlafzimmer seiner Kinder. Dort lagen die beiden 13 und 16 Jahre alten Töchter und der 12 Jahre alte Sohn in ihren Betten. Engel stürzte sich zuerst auf die beiden Mädchen und spaltete ihnen die Schädel. Durch das Geräusch muß der Sohn erwacht sein; denn der Knabe sprang in wilder Verzweiflung aus seinem Bett auf und stürzte sich laut um Hilfe schreiend, aus dem Fenster. Noch im letzten Moment erfaßte ihn der Vater und brachte ihm zwei Schnitte am Halfe bei, die sich aber als ungefährlich erwiesen haben. Der Knabe alarmierte die Bewohner des Dorfes, die sofort in das Haus einbrachen. Als sie anlangen, hatte sich der Wahnsinnige die Pulsadern geschnitten und lag tot in einer großen Blutlache am Boden.

Eine kuriose Wadesgeschichte.

Am 4. Dezember ereignete sich an der lothringischen Grenze im Kreise Diebenthal folgender Vorfall: Ein Grubenarbeiter kam mit einem Wachtmeister der dreizehner Gularen in Differenzen und schlug hierbei dem Wachtmeister mit seinem Grubenbeleg über die Nase; auch titulierte er ihn Wades. Dies Wadesgeschichte stand nun am Freitag vor dem Schöffengericht von Deutsch-Ohl in Lothringen. Der Grubenarbeiter Rott wurde zu 300 M. Geldstrafe eventl. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Interessant ist dabei, daß der Beschlagene ein Hesse und der Verurteilte ein Nassauer ist.

Der Weihenfer Bankrott.

Der Bankrott in der Berliner Vorortgemeinde Weihenfer hat einen riesigen Umfang; über fünf Millionen Passiven sind vorhanden. Man kann daher verstehen, daß die Gemeindevorstandung es ablehnte, ihre Hand zu einer weiteren Sanierung der Bank zu leihen. Viele kleine Sparere sind allerdings dabei die Leidtragenden. Am Samstag berichtete in der ersten Gläubigerversammlung der Konkursverwalter, der Zusammenbruch sei auf die Grundbesitz- und Hypothekengeschäfte der Bank, auf die übermäßigen Kreditverordnungen und auf die schlechte Lage auf dem Baumarkt zurückzuführen. Die Aktiven der Bank betragen 811 187 M., denen nicht weniger als 5 077 044 M. Passiva gegenüberstehen. Von den Aktiven sind in Bezug zu bringen die Waffenschulden, die sich aus den bevorrechtigten Forderungen und den Kosten des Verfahrens in Höhe von zusammen 36 187 M. zusammensetzen. Nach dem augenblicklichen Stand sei eine Auszahlung von 54 Prozent zu erwarten.

Ueberschwemmung.

Memel, 6. Febr. Nach einer Meldung des Memeler Dampfbootes aus dem Ueberschwemmungsgebiet des Memelstusses und der Winge, steigt das Wasser bei Auf in Folge einer Eisverstopfung weiter. Viele Wohnungen stehen unter Wasser. In Polallina ist infolge Dammbrechens alles überschwemmt. Am Weddelmoor, rechts vom Fluß oberhalb von Auf, stehen die die Häuser im Wasser. Pioniere sind in Verbindung gelangt, um die Moorbesitzer von den Dächern ihrer Häuser zu bergen. Im Wisardmoor ist es nicht viel besser. Kommo meidet Hochwasser, so daß eine weitere Verschlimmerung der Lage befürchtet wird. Der Umfang des Schadens ist noch nicht zu übersehen. Oberpräsident von Windheim wird heute erwartet. Am Ringelsturz ist das Wasser vorübergehend gefallen, heute aber wieder erheblich gestiegen. Das Hjulungmoor, Augstamoor, Wabebeln, Wassen und Winge sind besonders schwer betroffen. Die Eisbrecher werden heute das Eis von der Wingenmündung auf dem Taff von außen angreifen. Bei Tilfit steht das Eis. Ueberschwemmungen werden von dort, sowie vom Fregel, von der Alie und der Angerapp gemeldet.

Die sibirische Pest.

Orenburg, 9. Febr. In der Stadt und Umgegend tritt die sibirische Pest auf. Unter den Arbeitern der Lederfabrik kommen täglich Erkrankungen vor. Die sibirische Epidemie kann sich ungehindert ausbreiten, da eine Sanitätsaufsicht völlig fehlt und die Kranken nur in einem Ambulatorium behandelt werden können. Man befürchtet, daß auch das Personal der Tschirker Bahn angesteckt werden könnte und dadurch die Seuche weit ins Land getragen werden würde.

Die Nacht Wanderbitts verloren.

Neuworf, 9. Febr. Wie aus Panama gemeldet wird, sind alle Versuche, die gestohlene Nacht des Millionärs Wanderbitt wieder flott zu machen, erfolglos gewesen. Man macht nur noch den Versuch, die wertvolle Einrichtung der Nacht, die mehrere Millionen Mark kostet, durch Leichter zu bergen.

Fliegerabsturz.

St. Diego (Kalifornien), 9. Febr. Leutnant Post von der Militärfliegerabteilung ist heute mit seinem Flugzeug tödlich verunglückt. Er stürzte aus einer Höhe von 500 Fuß aus dem Apparat, während er über dem Meere dahinflug. Nach Verlassen von Augencuger explodierte die Maschine und überlebte nur der Flieger hinaus.

Es hat sich... (Vertical text on the right edge of the page)

Aus dem Lande.

Durlach.

Sitzung des Gewerbegerichts vom 6. Februar. Vorsitzender: Rechtsanwalt G. G. G. ...

Im nächsten Falle klagt Maler Benneter gegen die Firma Hermann u. G. ...

Kapiermaschinenfabrikant Jakob Klein in der Wädertstraße hat u. a. drei 15-16jährige Mädchen beschäftigt. ...

Schuhmacher Arnold klagt gegen Schuhmachermeister ...

Der Maschinenbau des Gewerkschaftsartells am Samstag ...

Eine Damen- und Fremdenzuzug hatte der Fünferzettel ...

Eine schwere Explosion ereignete sich gestern früh kurz vor vier Uhr im Papiermaschinenfabrik III der Papierfabrik von Vogel, Bernheimer u. Schürmann dahier. ...

z. Söllingen, 9. Febr. Gestern abend entgleisten von dem 6.28 Uhr von Pforzheim hier eintreffenden Arbeiterzuge zwei Wagen. ...

Plittersdorf, 9. Febr. Auf dem durch die Sonnenwärme der letzten Tage stark geloderten Eis des Mi-Rheins brachen gestern fünf Kinder ein, von denen vier mit einem kalten Bad davonkamen. ...

Ubstadt, 9. Febr. Vergangenen Freitag wurde ein hiesiger 21 Jahre alter Bader wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem 13jährigen Mädchen, verhaftet. ...

Pforzheim, 9. Febr. Gestern nacht erschloß sich im Eingang der Wirtschaft zum „Jägerhof“ der Goldarbeiter Hermann Kille durch einen Sturz ins Herz. ...

Heidelberg, 8. Febr. In Handschuhheim ereignete sich ein schwerer Mordfall. Ein mit mehreren Kindern behafteter Schlichter kloppte um, ein 13jähriger Knabe erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Bruch der Stirnlade. ...

Manheim, 8. Febr. Unter dem Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens an Kindern wurde der verheiratete Tagelöhner Fritz Kunz, wohnhaft in der Kronprinzstraße, in Haft genommen. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

ist in dem Entwurf enthalten. Eine besondere Berücksichtigung im Fahrplan haben gefunden die Strecken von Karlsruhe nach Pforzheim, nach Ettlingen, Baden-Baden, nach Durmersheim, Rastatt und nach Graben-Neudorf über Eggenstein.

Vorsicht auf den Eisplätzen. Auf dem Eiswallgraben brach gestern zwei junge Leute im Alter von 15 und 18 Jahren ein. ...

Ermäßigung des Preises für die Benützung der Eisbahn im Stadtpark. Um die Benützung der Eisbahn im Stadtpark namentlich für die Schuljugend — mit Rücksicht auf das lange Andauern des Frostwetters zu erleichtern, wird heute Samstag nachmittags von 1 Uhr an für den Besuch der Eisbahn daselbst nur ein Eintrittsgeld von 20 Pf. (einschließlich des Stadtpark-Eintrittsgeldes) von Erwachsenen und Kindern, ohne Rücksicht auf Inhaber von Jahreskarten und Kartenbesten, erhoben werden.

Herabsetzung der Fleischpreise. Nach Mitteilung der Schlachthofdirektion an den Stadtrat wird die Metzgereierinnung im Hinblick auf das weitere Sinken der Schweinepreise mit Wirkung vom 10. d. M. an eine weitere Herabsetzung der Schweinefleischpreise um durchschnittliche 4 Pf. für das Pfund eintreten lassen. ...

Lichtbilder Vortrag der „Naturfreunde“. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete Montag abend in der Gewerkschaftszentrale einen Lichtbildervortrag über den badischen Schwarzwald und den Winter-sport. ...

W. Titzke (Schwarzwald), 9. Febr. Ein ungewöhnlicher Besuch sah heute die Eisdecke unseres Sees. Drei Offiziere der Freiburger Fliegerkompanie (Hempel, Spang und Frank) waren auf drei Albatros-Doppeldeckern über den Schwarzwald hierher geflogen und lebten alsobald nach Freiburg zurück.

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Aus der Stadt.

Der Gesangverein „Harmonie“, Karlsruhe hat in den letzten Tagen an die Bundesvereine ein Zirkular verfaßt, worin ganz entstellte die Vorgänge mitgeteilt werden, welche zu seiner Streichung im Badischen Arbeitersängerbund geführt haben, und worin den Vereinen Fragebogen zur Erledigung mitgeteilt werden.

Im Feuilletonteil unseres Blattes beginnen wir heute mit dem Abdruck zweier Humoresken von Heinrich Schöffe, der unsern Lesern schon durch seine Erzählung „Hansdampf in allen Gassen“, die wir vor einiger Zeit brachten, noch bekannt sein dürfte. ...

Dr. Fortmann wiedergewählt. Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung wurde der bisherige Bürgermeister Dr. Fortmann mit 91 von 94 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Der neue Fahrplan. Der letzten ausgegebenen Entwurf für den Fahrplanabschnitt 1914/15 enthält neben einer Reihe wertvoller Verbesserungen bei den durchgehenden Schnell- und Eilzügen auch verschiedene Verbesserungen im Nachbar- und Vorortverkehr von Karlsruhe. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Freiburg, 9. Febr. In einem Hause der Rebenstraße kam es gestern Sonntag zu einer schrecklichen Familienjense. ...

Veranstaltungen.

Der Operettenabend in der Festhalle, der am Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, hat stattfinden sollen, wird wegen Erkrankung einiger Mitwirkenden auf 3. oder 4. März 1914 verschoben.

6. Karnevalsveranstaltung des Sängerbund „Vorwärts“. Die am letzten Sonntag in der „Ballhalla“ abgehaltene Damen- und Fremdenfeier des Sängerbund „Vorwärts“ war derartig stark besucht, daß sich der Saal als viel zu klein erwies, um alle erschienenen Märrinnen und Narren fassen zu können.

Karnevalsgesellschaft „Alt-Karlsruhe“. Ein seltenes und schönes Fest konnte diese freudige und dem guten Humor huldigende Gesellschaft am Sonntag begeben, nämlich das Fest ihres 10-jährigen Bestehens.

Nachdem der Herrrat mit neuer Fräule, umgeben und begleitet von den Präsidenten der vereinigten Karnevalsgesellschaften, aufgezogen war, wies Märrin Käthe Widel mit wohlgeleiteten Worten auf die Bedeutung des Tages hin.

Letzte Nachrichten.

Nachklänge von Zabern.

Kehl, 9. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich heute der Sohn des Buchdruckereibesitzers und Verlegers des „Zaberner Anzeigers“, Wiebecke und der Schreinermeister Glad aus Zabern wegen gemeinsamem Hausfriedensbruches, Ersterer außerdem wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten.

Strasburg (Els.), 9. Febr. Wie die „Strasburger Neuesten Nachrichten“ aus Zabern melden, weilten dort in den letzten Tagen höhere Offiziere, die sich u. a. auf der

Angelegenheit im Bandurenkeller Inhaftierten befaßten, deren Schadenersatzklagen demnächst vor Gericht zur Verhandlung kommen sollen. Es wurde nach dem genannten Blatt den Inhaftierten ein Vergleichsvorschlag gemacht und ihnen je 50 Mark angeboten.

Strasburg, 9. Febr. Wie zuverlässig gemeldet wird, haben sich den Zivilklagen auf Schadenersatz der verhaftet gewesenen Zaberner Bürger gegen den Militärfiskus nunmehr auch Geschäftsleute von Zabern angeschlossen, die sich durch die Maßnahmen des Militärs auf den Straßen empfindlich geschädigt fühlen.

Katholischer Arbeitertag.

Reunkirchen, 9. Febr. Gestern Nachmittag wurde hier der Vergarbeiter-Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) abgehalten. Die Leitung der Tagung lag in den Händen des Reichstagsabgeordneten Komman.

Aus der Zentrumsparlei.

Berlin, 9. Febr. Der Reichsausschuß der Zentrumsparlei hielt gestern in Berlin eine Sitzung ab. Zum ersten Vorsitzenden wurde Abgeordneter Spahn, zum zweiten Dr. Borck gewählt. Der Posten des dritten Vorsitzenden ist dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion der bayerischen Kammer vorbehalten.

Städt. Wohnungsnachweis für Seeleute.

Rotterdam, 9. Febr. Die Stadtverwaltung hat ein städtisches Zentralbureau für Wohnungsnachweis an fremde Seeleute errichtet, um sie, soweit möglich, vor Ausbeutung durch Vermieter zu schützen. Heute Mittag wurde das Bureau feierlich eröffnet, wobei der Bürgermeister eine Rede hielt, in der er hervorhob, daß, sobald der Plan zu dem Bureau bekannt wurde, die Vermieter mit den Preisen erheblich herabgegangen seien.

Streikbewegung in England.

London, 9. Febr. London steht vor einem Streik. Die Automobilfahrer, 2500 Mann, der British Auto Company haben die Arbeit eingestellt. — Der Streik im Wagengewerbe hat sich weiter ausgedehnt. 50 000 Mann feiern jetzt in London und auch auf dem Lande sind die Angestellten der Londoner Firmen in den Zustand getreten.

Gefetz gegen den Alkohol.

Petersburg, 9. Febr. Im Verlaufe der Diskussion des Gesetzentwurfes über die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs hat der Reichsrat eine Bestimmung angenommen, nach der der Verkauf von Alkohol und jeglicher Spirituosen von 11 Uhr abends ab verboten ist.

Der Flottenfandal in Japan.

Tokio, 9. Febr. Die Budgetkommission des Landtages hat eine Herabsetzung des Marineetat's um 30 Millionen Yen beschlossen. Der Marineminister erklärte in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Landtages, er werde sich der beschlossenen Budgetherabsetzung nicht widersetzen.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Mittwoch abend 9 Uhr in der Gemischtsportvereins Turnhalle.
Durlach. (Metallarbeiterverband.) Wir ersuchen unsere Mitglieder, die Bibliothekbücher bis längstens 1. März zurückzugeben.
Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Mittwoch abend 8 Uhr in der Bibliothek im „Lammhauer“.

Wasserstand des Rheins.

10. Februar. Schifferinsel 0,92 m, gefl. 4 cm, Rehl 1,80 m, gefl. 2 cm, Marau 3,27 m, gefl. 3 cm, Mannheim 2,42 m, gefl. 4 cm.

Ein seltenes Kraut



werden Sie ausrufen, sobald Sie die erste Eckstein-Cigarette rauchen.

Kleine Eckstein-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter)

10 Stück 20 Pfg.

Trustfrei



Metropol-Kino

Der Besuch der 7208

großen Woche

lohnt sich in deren zweiten Hälfte

vom 10. bis einschli. 13. Februar

doppelt

Das gleiche Programm in den „Lichtspielen“ Herrenstr. 9/11.

1 Scheiderröhre... (Text describing technical details of a lamp or device)

Pfannkuch & Co

10% Rabatt
auf 7187

Konferven

10%
auf unsere Listenpreise.

Verlangen Sie bitte in unseren Filialen Konfervenlisten.

Pfannkuch & Co
C. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Kinderwagen, versetzt erhalten, billig abgegeben.
Kaiserstr. 33, Stb. 3. St.

Pianohaus
Johs. Schlaile, Karlsruhe
Douglasstrasse 24
neben der Hauptpost empfiehlt
Flügel und Pianos
zu Kauf und Miete bei bequemster Zahlungsweise.
Stimmungen, Reparaturen sorgfältigst. 7184

Gemeinnützige Baugenossenschaft
Offenburg, e. G. m. b. H.
Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 1/2 3 Uhr,
findet in der Kopfhalle die statutenmäßige
General-Versammlung
statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Satzungsänderungen.
4. Renzwahl von Vorstand und Aufsichtsrat.
5. Anträge.

NB. Anträge müssen 4 Tage vor der General-Versammlung beim Vorstand schriftlich eingereicht werden.
Wir machen darauf aufmerksam, daß nur Mitglieder und deren Angehörige zur Generalversammlung Zutritt haben.
Zu zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst ein
Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Ein Versuch
überzeugt Sie von der Vorzüglichkeit unseres
Ia. Kunst-Speise-Fettes.

Angenehmster Butter-Ersatz zum kochen, braten u. backen.

Für Fastnachts-Küchle etc. ganz besonders geeignet!

In allen Filialen erhältlich das Pfund zu 65 Pfg.
3 Pfd.-Dose per Pfund 60 Pfg., 10 Pfund-Eimer per Pfd. 58 Pfg., 20 oder 40 Pfd.-Eimer per Pfd. 56 Pfg.
— Grosser Versand nach auswärts.

Gebrüder Hensel, Hoflieferanten, Karlsruhe i. B.

Ziehung garantiert am 18. Februar 1914
Karlsruher
Geld-Lotterie
2565 Geldgewinne in bar ohne Abzug Mark:

28000
Möglicher Höchstgewinn

15000

10000
1 Prämie

5000

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste 25 Pf. extra empfiehlt
Carl Götz Lotteriebank, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.

Arbeitergesangverein „Harmonie“
Karlsruhe.



Liberté — Egalité — Fraternité.

Am Samstag, den 14. Hornung, in den Spiegelräumen des „Saalbau“, Gottesauerstrasse

Grosse „Masken-Redoute“

verbunden mit Prämierung der schönsten und originellsten Masken.

„„Doppeltes Ballorchester““

Die geraden Nummern werden von der Berghausener Bauernkapelle, die schiefen Nummern von der Vereinskapelle gespielt.

Tanz frei.

Ein-Tritt 50 Pfg. — ein weiterer Tritt vom Pippi „gratis“. Damenkarten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Abendkasse 50 Pfg.

Anfang 1/2 9 Uhr. Ende, wenn der Weiberfeind heimgeht.

Närrische Kopfbedeckung obligatorisch und an der Kasse erhältlich.

Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten sind bei den Sängern, sowie bei den Mitgliedern L. Rauter, Rankestrasse 24, J. Brölz, Leopoldstrasse 33, K. Zimmermann, Zigarrengeschäft, Humboldtstr. 15 und im Lokal „zum Philister“ Baumeisterstrasse 54 zu haben.

Kamillentee — Wohlwollentee und andere Tee.

Pfannkuch & Co

Mageres Dörrfleisch
pro 1.05 Mtl.
Echte 7176

Frankfurter Würstel
Ser 3 Paar 75 Pfg.

Sauerkraut
Pfund 6 Pfg.
10 Pfd. 55 Pfg.

Linfen
per 15, 20, 25 u. 30 Pfg.

Pfannkuch & Co
C. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Bett-Teppiche
sind enorm billig abzugeben.
Kaiserstr. 133
6682 1 Treppe hoch.
Ecke Kaiser- und Kreuzstr.

Militärrock, gut erhalten, billig abzugeben.
Röh. Angartenstr. 49, Stb. III.

Rronestr. 60, 2 Treppen hoch, ist ein gut möbl. Zimmer sofort zu vermieten.

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gedeckte Rollen) besorgt billig
6810 Karl Muffner, Lessingstr. 8a. Telefon 3565

Von Zapf's Mostersatz
in Flaschen erhalten
Sie einen gesunden süßigen Hausrunk für nur 6 Pfennig per Liter.
Wer probt — lobt!

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.
Dem titl. Publikum sowie meiner werthen Nachbarschaft diene hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich
8 Markgrafenstraße 8
eine
Brot- und Feinbäckerei
(Spezialität: Bauernbrot — Wehslager)
eröffnet habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine werthe Kundenschaft aufs beste und sorgfältigste zu bedienen. Um geneigten Zuspruch bitte
7211
August Schwender, Inh. L. Schuster.

Frauen - Arbeitsschule
(Gewerbliche Unterrichtsanstalt)
des badischen Frauen-Vereins, Abteilung I.

1. Ausbildung für häuslichen Bedarf.
Am 23. April ds. Jz., vormittags 8 Uhr, beginnen sämtliche Kurse: Handnähen, Maschinennähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Weißbitten, Buntschneiden, Knöpfarbeiten, Spitzenlöpeln, Plüden und Kunststopfen, Pagenmachen, Feinbügeln, Triffleren, Freihandzeichnen u. Buchführung. An 2 Nachmittagen sind Extrakurse für Damen im Wäschnähen und Schneidern eingerichtet.

2. Ausbildung für verschiedene Berufe.
Vorbereitungsklasse zur Vorbildung von Handarbeitslehrerinnen
Handarbeitslehrerinnen-Seminar zur Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen für städtische Volks-, höhere Mädchen-, Frauenarbeits- und Gewerbeschulen.
Ausbildung für Zimmermädchen u. Kleidermacherinnen. Fachausbildung für Weißbittnerinnen u. Kleidermacherinnen in 2 jähriger Unterrichtszeit und nachfolgender 1/2 jähriger Lehrzeit in nur erhaltenden Geschäften, wozu die Schülerinnen von der Anstalt überwiesen werden. Die Ausbildung berechtigt zur Gelehrtenprüfung.
Extrakurse für schon im Dienst stehende Zimmermädchen und Kleidermacherinnen, die von ihrer Herrschaft gut empfohlen sind, im Wäschnähen, Kleidermachen, Plüden und Kunststopfen und Feinbügeln an einem Nachmittag in der Woche.
Auswärtige Schülerinnen erhalten in der Anstalt volle Pension und besonderen Unterricht in Turnen, Gesang und Lebenskunde.
Die Sitzungen, die Gartenstraße 47 und 49 abgegeben werden, geben ausführliche Auskunft.
Anmeldungen werden täglich von der Vorsteherin Fräulein Josefine Mayer, Hauptlehrerin, in der Zeit von 11-12 und 3-6 Uhr in der Frauenarbeitschule, Gartenstraße 47, entgegen genommen, ebenso schriftlich.
7198
Karlsruhe, im Februar 1914.
Der Vorstand der Abteilung I
Gartenstraße 49.

Stellenbefegung.
Die Stellen zweier **Büroassistenten** sind bei unserer Verwaltung tunlichst bald zu besetzen.
Bewerber mit gebiegender kaufmännischer Vorbildung und guter Handschrift wollen selb. abgeschriebene Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften, sowie mit Angabe ihrer Militärverhältnisse und ihrer Gehaltsansprüche bis zum 20. Febr. 1914 bei uns einreichen.
Die Stellen werden vorläufig probeweise besetzt.
Bei befriedigenden Leistungen kann Anstellung nach Maßgabe der städt. Dienst- und Gehaltsordnung erfolgen.
7168
Karlsruhe, 6. Februar 1914.
Stadt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchsal.
Die Wahlen zum Ausschuss der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal betr.
Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zum Ausschuss der Krankenkasse wird festgesetzt:
für die Landgemeinden auf Samstag, den 28. März 1914,
für die Stadtgemeinde Bruchsal auf Montag, den 30. März 1914.
Nähere Bekanntmachung bezüglich Wahllokale, Zeit u. s. w. ergeht noch.
7212
Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal:
Soloch, Vorsitzender.

Das Stiefelputzen einst ne Qual
zur Spielerei ward's mit Erdal!

Der Einfender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Kästchenmarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

Aus meiner **Weissen Woche**

Reste und Restbestände

Für wenig Geld
die
allerbesten Qualitäten.

in Weisswaren, Gardinen, Teppichen und Stoffen aller Art, sowie grosse Restposten in Leib- und Bett-Wäsche, Stickereien usw. stosse ich zu

außerordentlich billigen Preisen ab

Damen-Hemden

Posten 1	Damen-Hemden mit bestickt, Passe od. glatt mit Feston jedes Stück	115
Posten 2	Damen-Hemden mit Herzpasse u. viereckig. Ausschnitt . jedes Stück	145
Posten 3	Damen-Hemden mit reicher Stickerei und Banddurchzug jed. Stück	185
Posten 4	Damen-Hemden hübsche Hand - Stickerei jedes Stück	225
Posten 5	Damen-Hemden mit Stickerei und handgestickt . . jedes Stück	265

Damen-Beinkleider

Posten 1	Damen-Beinkleider mit Feston u. gutem Stoff jedes Stück	110
Posten 2	Damen-Beinkleider Knie- u. lange Fassung, mit Stickerei u. Feston jed. St.	150
Posten 3	Damen-Beinkleider mit besonders schöner Stickerei . jedes Stück	175
Posten 4	Damen-Beinkleider mit Einsatz und Stickerei jedes Stück	195
Posten 5	Damen-Beinkleider mit extra breiter Stickerei und la Stoff jedes Stück	235

Untertaillen

Posten 1	Unter-Taillen mit Stickerei und Einsatz jedes Stück	85
Posten 2	Unter-Taillen gute Qualität, mit Stickerei jedes Stück	95
Posten 3	Unter-Taillen Waschklöppel und Banddurchzug . jedes Stück	115
Posten 4	Unter-Taillen mit Stickereinsatz und Valenciennespitzen jed. St.	145
Posten 5	Unter-Taillen besonders reiche Stickerei u. vorz. Qual. jedes Stück	185

Bett-Wäsche

Bettfächer, ca. 150/210 cm, Halbleinen und Cretonne	1.75
Oberbettfächer, Ia. Qualität, ca. 160/250 cm	2.45
Kissenbezüge, gebogt oder mit Stickerei	95
Bettbezüge in Damast und Cattune	2.90

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden, beste Verarbeitung	95
Mädchen-Hemden mit reicher Stickerei	135
Mädchen-Beinkleider, Ia. Qualitäten	65
Knaben-Hemden, in jeder Ausführung	75

Baby-Wäsche

Erstlings-Hemden	15
Kinder-Jäckchen, gestrickt	25
Einlage-Deckchen	18
Gummi-Einlage-Stoffe	1.75

Stickerei-Röcke

Stickerei-Röcke, bestens verarbeitet	1.45
Stickerei-Röcke, reiche Stickerei	2.45
Stickerei-Röcke, besonders elegant	4.25

Prinzess-Röcke

Prinzess-Röcke, gediegene Ausführung	3.90
Prinzess-Röcke, moderne Stickereien	5.50
Prinzess-Röcke, hochelegante Qualitäten und Dessins	7.50

Garnituren

Garnituren (Hemd und Beinkleid) mit schöner Stickerei	3.95
Garnituren (Hemd und Beinkleid) breite Stickerei mit Bandgarnitur	6.—
Garnituren (Hemd und Beinkleid) vornehme Ausführung	7.90

Weisswaren

Damaste, weiss, ca. 130 cm breit	68
Damaste, weiss und farbig, beste Qualität ca. 130 cm breit	1.25
Negligé-Damaste, ca. 82 cm breit, hübsche kleine Muster	48

Weisswaren

Bettuch-Halbleinen, ca. 150 und 160 cm breit	78
Halbleinen, ca. 82 cm breit, Ia. Qualität	55
Baumwoll-Tuche, gebleicht, ca. 82 cm breit	35

Kleiderstoffe

Kostümstoffe, ca. 130 cm breit gute Qualität	1.75
Kleiderstoffe, uni blau, von 90 bis 130 cm breit	1.10
Kleiderstoffe, uni schwarz und weiss, div. Breiten	95

7 Restposten Schweizer und Plauener Stickereien

Posten I	52	Posten II	60	Posten III	70	Posten IV	95	Posten V	145	Posten VI	195	Posten VII	245
----------	----	-----------	----	------------	----	-----------	----	----------	-----	-----------	-----	------------	-----

Taschentücher

Batist-Taschentücher weiss 1/2 Dtzd. 75 65	48
Batist-Taschentücher weiss, mit Buchstaben 1/2 Dtzd.	1.25
Batist-Taschentücher mit Buchstaben und farbig. Rand 1/2 Dtzd.	1.45
Taschentücher in versch. Qualität mit Buchstaben 1/2 Dtzd.	95
Taschentücher weiss, für Herren 1/2 Dtzd.	95
Taschentücher weiss, für Damen 1/2 Dtzd.	65

Restposten Weiße Blusen, Weiße Kleider, Kinder-Kleider enorm billig!

Aussteuerhaus

Landauer

Kaiserstrasse, Ecke Lammstrasse.

Weisse Schürzen

Blusen-Schürzen weiss	1.10
Engl. Servier-Schürzen weiss	90
Rock-Schürzen weiss	2.45
Zier-Schürzen mit Träger	95
Zier-Schürzen ohne Träger	60
Kinder-Schürzen weiss	85